7_8_01_Titel_apm.qxp:_01_Titel 20.06.2007 18:10 Uhr Seite 1

metall

Nr. 7-8
Juli/August 2007
Jahrgang 59
D 4713

Das Monatsmagazin der IG Metall

Schäubles Angriff auf die Grundrechte

Demokratie in Gefahr

Rechtsextremismus

Nazi-Aufmärsche verhindern

Kfz-Handwerk

Tarifverträge erhalten

7_8_2_3_apm.qxp:2_3_Editorial_Inhalt 20.06.2007 17:51 Uhr Seite 2

Foto: IG Metall / Renate Schildheuer

»Wir dürfen Europa nicht den Deregulierern und Privatisierern überlassen. Wir wollen Gesetze, die das Leben der Menschen verbessern. Dafür sind Mindeststandards für Einkommen, Arbeitszeiten und soziale Schutzrechte unverzichtbar.«

Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall

Klingende Absichten statt verbindlicher Absprachen

Um unsere Welt ist es nicht gut bestellt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Die Kluft zwischen Nord und Süd wächst. Kriege um Öl, Rohstoffe und lebenswichtige Ressourcen zerstören ganze Regionen. Die drohende Klimaerwärmung zeigt uns schon heute: So, wie bisher produziert wurde und so, wie der produzierte Reichtum verteilt wird, kann es nicht weitergehen.

Wir brauchen eine andere Politik: global, in Europa und in den Nationalstaaten. Eine Politik, die den erwirtschafteten Reichtum gerecht verteilt. Eine Politik, die die Umwelt schont. Eine Politik, die Ursachen für Kriege beseitigt. Kurzum: Wir brauchen national wie international eine Politik für Solidarität und Gerechtigkeit.

Wer den G8-Gipfel an diesem Ziel misst, muss feststellen: Die Ergebnisse sind enttäuschend. Denn anders als die Inszenierung für die Medien uns weismachen will: Die Substanz der Abschlusserklärungen von Heiligendamm ist dünn.

Kampf gegen Armut und Krankheiten in Afrika, Halbierung der Treibhausemissionen, Zähmung der Hedge-Fonds – auf keinem dieser wichtigen Felder gab es verbindliche Absprachen. Stattdessen nur wohlklingende Absichtserklärungen.

Ganz anders dagegen die zahlreichen Foren und Diskussionen auf dem »Gegengipfel«. Zivilgesellschaftliche Initiativen und Gruppen aus der ganzen Welt diskutierten Strategien gegen Armut und Umweltzerstörung. In den Medien konnten wir leider nur wenig darüber lesen. Sie konzentrierten sich lieber auf Randale. Das gab wohl die »besseren« Bilder und lenkte von den wichtigen Themen ab.

Und Europa? Vor wenigen Wochen tagten der Europäische Gewerkschaftsbund und der Europäische Metallgewerkschaftsbund. Die Botschaft der beiden Kongresse war eindeutig: Wir dürfen Europa nicht den Deregulierern und Privatisierern überlassen.

Wir wollen das soziale Europa. Nicht nur in Sonntagsreden. Wir wollen Gesetze, die das Leben der Menschen verbessern. Dafür sind Mindeststandards für Einkommen, Arbeitszeiten und soziale Schutzrechte unverzichtbar. Dazu gehören aber auch Mindeststeuersätze für Unternehmen, um Steuerdumping zu verhindern. Und dazu gehört eine europäische Koordinierung der Wirtschaftspolitik, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Nicht zuletzt wollen wir ein demokratischeres Europa. Wichtige Gesetzesvorhaben dürfen nicht hinter verschlossenen Regierungstüren ausgehandelt werden. Unverzichtbar sind mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung, will Europa wieder das Vertrauen der Menschen gewinnen. Das müssten die Kernpunkte einer EU-Verfassung sein. Würde dies gelingen, wäre es um Europa besser bestellt.

7_8_2_3_apm.qxp:2_3_Editorial_Inhalt 20.06.2007 17:51 Uhr Seite 3

Foto: Sonja Volmer

Möbelhersteller Schieder

Bei Europas größtem Möbelhersteller Schieder überschlagen sich die Ereignisse. Nach einem Bilanzfälschungsskandal und einer erneuten Insolvenz tauchten Ende Juni über Nacht mögliche Investoren auf. Seite 5

Foto: EMF

Internationales

Anlässlich des EMB-Kongresses in Lissabon diskutierten Gewerkschafter aus Europa über Probleme wie prekäre Beschäftigung oder soziale Kürzungen. Auf dem Foto: das offizielle Kongress-Plakat »Faces of Work«.
Seite 16

Aus der Redaktion

metall, das Monatsmagazin der IG Metall, wird in dieser Form und Aufmachung das letzte Mal erscheinen. Mit dieser Doppelnummer gehen wir in die Sommerpause. Wir werden keinen Urlaub machen, sondern die neue **metallzeitung** gestalten. Im September erscheinen wir wieder – mit neuem Namen, mit neuer Aufmachung, noch näher am Mitglied.

Das ist möglich, weil der Vorstand der IG Metall ein neues Medienkonzept beschlossen hat. **metall** heißt dann **metallzeitung** und wird an jedes Mitglied nach Hause geschickt. Statt zehnmal erhöhen wir die Frequenz auf zwölfmal im Jahr. Die **metallzeitung** gibt es dann jeden Monat. Wir hoffen, dass Sie uns als unsere Leserinnen und Leser auch im neuen Format und mit neuem Titel treu bleiben. Wir werden uns auf jeden Fall anstrengen, noch besser zu werden.

Der Einzelversand nach Hause erfordert aber auch gewaltige Anstrengungen für unseren Vertrieb. Denn die Zeitung kommt nur nach Hause, wenn alle Angaben richtig sind. Das heißt, der Name, die Postleitzahl, der Ort, die Straße und die Hausnummer müssen korrekt sein. Sonst kommt die **metallzeitung** wieder zurück. Falls etwas im Adressfeld auf der letzten Seite dieser Ausgabe nicht stimmt, melden Sie es Ihrer Verwaltungsstelle oder direkt an unseren Vertrieb:
per E-Mail (vertrieb@igmetall.de) oder
per Post (IG Metall-Vorstand, Ressort Vertrieb, 60519 Frankfurt).

Es gilt aber auch Abschied zu nehmen: Gabriele Prein, seit einem Vierteljahrhundert Mitglied der Redaktion, ist seit dem 1. Juli in Altersteilzeit. Wir wünschen ihr für die Zukunft alles Gute.

Inhalt

Editorial
Jürgen Peters über den G 8-Gipfel 2

Magazin
Mindestlohn: Teppich mit Flicken 4
Schieder: Finanzinvestor als letzter Ausweg 5
Daimler-Chrysler: Betriebsrat das Nazi enttarnt 6

Titel
Schäubles
Verfolgungswahn 8

Rechtsextremismus
Gewalttäter, Rassisten, Gewerkschaftshasser 12

Betriebsreport
Faurecia, Leipzig, auf dem Weg zur Normalität 14

Internationales
Europa: Überall Reformen 16

Parteien
Links tut sich was 18

Branchenreport
Es brodelt im Kfz-Handwerk 20

Porträt
zu Besuch bei Patrick Stein 23

Ratgeber
Altersvorsorge für Frauen 24
Büchertipps zum Urlaub 26

Monatsökonom
Lorenz Jarass
über Unternehmenssteuern 30

Die gute Idee
VIAK: Mit Tantiemen Gutes tun 31

Regionales
Aus den Bezirken 32
Lokales/Karikatur 35
Impressum/Leserbriefe 22

Titel: Engel/Zenit/laif

7_8_04_05.qxp:04_05_Magazin 20.06.2007 18:48 Uhr Seite 4

Foto: Liesa Johannssen/ photothek.net

Beim Mindestlohn gibt's im Bundestag eine Mehrheit. Aber die Koalition schafft nur einen Mini-Kompromiss.

Mindestlöhne

Teppich mit Löchern

Obwohl es im Bundestag eine Mehrheit für einen gesetzlichen Mindestlohn gibt, kann sich Schwarz-Rot nicht auf ein Gesetz dazu einigen.

Stattdessen hat sich die Koalition lediglich auf einen Mini-Kompromiss eingelassen. Er sieht vor, das Entsendegesetz, das derzeit nur für die Bau- und Reinigungsbranche gilt, auf weitere Branchen auszuweiten. Und zwar auf alle, in denen 50 Prozent der Beschäftigten tarifgebunden sind. Da beide Tarifparteien die Ausweitung beantragen müssen, können die Arbeitgeber die Anwendung des Entsendegesetzes verhindern.

Die getroffene Regelung, hat IG Metall-Vorsitzender Jürgen Peters kritisiert, werde in Deutschland bestenfalls zu einem »Flickenteppich mit Riesenlöchern« führen, aber keine Armutslöhne beseitigen. In Deutschland verdienen rund 1,5 Millionen Beschäftigte weniger als fünf Euro in der Stunde.

Zuvor hatte der Bundestag mit den Stimmen von CDU-, FDP- und SPD-Abgeordneten einen Antrag der Fraktion Die Linke abgelehnt, dessen Text aus der SPD-Aktion für Mindestlöhne stammte. Jürgen Peters fordert die Bundesregierung auf, »das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Wirtschaftsbereiche auszuweiten«.

Dort, wo tarifliche Lösungen nicht griffen oder sehr niedrig seien, müsse ein gesetzlicher Mindestlohn wie in vergleichbaren europäischen Staaten her.

Während die schwarz-rote Koalition in Deutschland für Stillstand sorgt, hat sich in Österreich die Große Koalition aus ÖVP und SPÖ gerade auf eine Untergrenze bei den Tarifbruttolöhnen von 1000 Euro verständigt. Da alle Betriebe dem Arbeitgeberverband angehören müssen, gilt die Lohnuntergrenze flächendeckend für alle Beschäftigten.

Nach einer aktuellen Studie des Wirtschaftswissenschaftlers Klaus Bartsch würde ein gesetzlicher Mindestlohn – neben höherem Entgelt – langfristig über 100 000 neue Stellen bewirken. Als Hauptgrund wird dabei die gestiegene Nachfrage angegeben. Bartsch: »Menschen mit geringem Einkommen geben praktisch jeden zusätzlichen Euro vollständig aus.«

Für die IG Metall bleibt das Thema Mindestlohn auf der Tagesordnung. Ziel ist eine flächendeckende Regelung – entweder auf dem Niveau geltender Tarifverträge oder auf einer Untergrenze eines Stundenlohns von 7,50 Euro. ◄

Pflaume des Monats

Antje Hermenau

Jungs, zieht euch warm an, oder übt am besten schon mal Windeln wechseln. Wenn ihr nicht freiwillig Kinder und Küche übernehmt, werden wir einfach euer Geschlecht besteuern. Wie die Steuer wohl heißen könnte? »Schniedelzuschlag« oder gar »-abschlag«? Die Zeit ist reif, findet zumindest die Fraktionschefin der sächsischen Grünen, Antje Hermenau. Weil Frauen noch immer weniger verdienen als Männer, schlägt sie vor: Einkommenssteuer für Frauen runter. Wenn sich Arbeit für Männer nicht mehr lohnt, würden sie endlich ihren dann besser verdienenden Frauen den Rücken stärken. So stellt sich Frau Hermenau also die neue Gerechtigkeit vor: Anstatt die eine Diskriminierung zu lösen, schafft man zum Ausgleich einfach eine neue. ◄

Studiengebühren

Weg frei für Verfassungsklage

Mehr als 62 500 wahlberechtigte Hessinnen und Hessen haben mit ihrer Unterschrift Verfassungsklage gegen die eingeführten Studiengebühren beantragt.

Damit ist die vom Gesetzgeber vorgesehene Hürde von einem Prozent aller Wahlberechtigten (43 000) weit übertroffen, der Weg für die Verfassungsklage frei.Wegen des von der CDU trotz landesweiter Proteste verabschiedeten Studienbeitragsgesetzes (StuBeiG) müssen Studentinnen und Studenten in Hessen je Semester mindestens 500 Euro zahlen. Dabei verbietet die hessische Verfassung die Abzockerei. »In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterrricht unentgeltlich«, gibt Artikel 59 vor.

Hessens DGB hat die Landesregierung aufgefordert, die Gebühren bis zur Entscheidung des Hessischen Staatsgerichtshofes auszusetzen. Stefan Körzell, Vorsitzender: »Studiengebühren sind unsozial, Bildung für alle muss weiterhin kostenlos sein.« ◄

7_8_04_05.qxp:04_05_Magazin 20.06.2007 18:48 Uhr Seite 5

Möbelhersteller Schieder

Letzter Ausweg: Finanzinvestor

Beim Möbelhersteller Schieder überschlagen sich die Ereignisse. Nach einem Bilanzfälschungsskandal und einer erneuten Insolvenz tauchten Ende Juni über Nacht mögliche Investoren auf.

Laut Financial Times Deutschland meldeten die Hedge-Fonds Cheyne Capital aus London und Cyrus Capital aus New York Interesse an dem angeschlagenen Möbelriesen an. Nach Angaben des Ersten Bevollmächtigten in Detmold, Reinhard Seiler, könnten 4000 der insgesamt 11000 Arbeitsplätze des Schieder-Konzerns bedroht sein. In Deutschland beschäftigt der Möbelhersteller etwa 1800 Menschen. Die IG Metall erklärte sich zu Verhandlungen bereit. Ziel sei es, so Seiler, einen Sozialtarifvertrag abzuschließen. Die Gewerkschaft wolle darin Bedingungen zu den einzelnen Standorten des Möbelherstellers festhalten.

Das Unternehmen kommt seit Wochen nicht aus den Schlagzeilen heraus. Bereits Ende April konnte ein erster Insolvenzantrag nur durch einen Überbrückungskredit abgewendet werden. Doch die Atempause dauerte nur kurz. Knapp einen Monat später stieß die neue Geschäftsführung auf Ungereimtheiten in den Geschäftsbüchern. Es folgte die Verhaftung von vier ehemaligen Managern, darunter auch Firmengründer Rolf Demuth, Anfang Juni. Sie stehen unter dem Verdacht, Bilanzen in den vergangenen Jahren um jeweils 34 Millionen Euro geschönt zu haben. Wieder verhandelte die Unternehmensleitung mit möglichen Geldgebern und konnte schließlich nur einen neuen Insolvenzantrag stellen. Nicht ganz 48 Stunden später tauchten schließlich die neuen Investoren auf. ◄

Foto: Sonja Volmer

Beim Möbelhersteller Schieder bestimmen die negativen Schlagzeilen das Geschehen.

Leiharbeit

Mehr Einsatz für Kollegen

Die IG Metall in Nordrhein-Westfalen will gemeinsam mit Betriebsräten die Situation von Leiharbeitern verbessern. In einigen Fällen hatte sie bereits Erfolg.

Leiharbeit findet in vielen Betrieben unter Ausschluss elementarer Arbeitnehmerrechte statt. Das ergab eine Umfrage der IG Metall NRW. Mehr als die Hälfte der befragten Betriebsräte gab an, dass reguläre Beschäftigung durch Leiharbeit ersetzt werde. Viele Leiharbeiter erhielten nicht ihr tarifvertraglich gesichertes Einkommen, sie würden falsch eingruppiert und in verleihfreien Zeiten zu Zwangsurlaub verpflichtet. Damit Betriebsräte sich besser für ihre Leiharbeits-Kollegen einsetzen können, hat die IG Metall bereits 600 Betriebsräte geschult. Viele nutzen ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Leiharbeit jetzt intensiver.

In einigen Betrieben konnten IG Metall und Betriebsrat Fortschritte erzielen. So werden Leiharbeiter bei Schmitz-Cargobull jetzt anteilig an Bonusregelungen beteiligt, und 30 erhielten befristete Verträge zu den Konditionen der Stammbelegschaft. Denn über Leiharbeit, sagt Jörg Weigand von der Bezirksleitung NRW, entscheidet der Betrieb. ◄

Siemens-Nokia-Network

Weitere Proteste

Mit europaweiten Aktionen wehren sich die Beschäftigten von Nokia-Siemens-Network (NSN) gegen den geplanten Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen. Auftakt war der Protesttag am 12. Juni, zu dem der Europäische Metallgewerkschaftsbund aufgerufen hatte. Allein in Deutschland beteiligten sich 4300 Mitarbeiter mehrerer Standorte. Die Beschäftigten wollen die »Horrorzahlen«, so IG Metall-Beauftragter Michael Leppek, nicht hinnehmen. Denn NSN will in den nächsten Jahren weltweit 9000 Stellen streichen, 2900 allein in Deutschland. ◄

Außenansicht

G8 und Afrika

Falscher Ansatz

Afrika hatten sich die großen Acht auf die Tagesordnung von Heiligendamm geschrieben. Herausgekommen ist nahezu nichts. Warum? Weil schon der Ansatz falsch ist. Die G8-Politiker tun so, als seien sie in der Lage, in ein paar Stunden die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Können sie aber nicht.

Afrika ist dafür ein gutes Beispiel. Der Kontinent besteht aus mehr als 50 souveränen Staaten, die sich erstens nicht ohne weiteres in ihre inneren Verhältnisse hineinreden lassen wollen, und zweitens völlig unterschiedliche Ausgangslagen aufweisen. Da gibt es Rohstoffexporteure, denen nichts Besseres passieren kann, als dass der globale Boom weitergeht. Da gibt es aber auch Staaten, die abhängig von teurem Öl sind und selbst nur landwirtschaftliche Produkte auf den Weltmärkten anzubieten haben, die vielleicht nicht einmal dann wettbewerbsfähig produziert werden könnten, wenn Europa seine Agrarsubventionen massiv verringern würde. Was bleibt? Es bleibt das pragmatische Bohren dicker Bretter in den internationalen Organisationen, die repräsentativer für die gesamte Welt sind, die Vereinten Nationen also vor allem. Kein Gipfel kann die Auseinandersetzung mit den Vorstellungen und Interessen auch kleiner und kleinster Staaten ersetzen. Das ist zwar äußerst mühsam, aber langfristig der einzig Erfolg versprechende Weg. ◄

Foto: privat

Heiner Flassbeck, Direktor für Globalisierungsstrategien bei der UNO in Genf

7_8_6_7_apm.qxp:06_07_Magazin 20.06.2007 18:54 Uhr Seite 6

Köpfe

Foto: LO - Landsorganisationen I Sverige

Wanja Lundby-Wedin (54), ist die erste Frau an der Spitze des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB). Die Schwedin ist seit 2000 Vorsitzende des Schwedischen Gewerkschaftsdachverbandes LO. In ihrer Funktion als neugewählte Präsidentin des EGB vertritt sie die Interessen von 60 Millionen Arbeitnehmern aus 35 Ländern. Lundby-Wedin will sich verstärkt für die Rechte der Frauen einsetzen. ◄

Foto: Norbert Braun/ Unia

Renzo Ambrosetti (53), ist neuer Präsident des Europäischen Metallgewerkschaftsbunds (EMB). Der Schweizer wurde im Juni auf dem EMB-Kongress in Lissabon in das Amt gewählt. Ambrosetti, der seit 2004 Co-Präsident der Schweizer Gewerkschaft Unia ist, tritt im EMB die Nachfolge von Tony Janssen an, der in den Ruhestand geht. ◄

Nadja Plihts, Betriebsratsvorsitzende bei Louis Renner in Gärtringen, ihre Stellvertreter Stefan Flues und Ibrahim Ayaz haben vom Arbeitsgericht Stuttgart Recht bekommen. Die fristlosen Kündigungen der drei wegen angeblicher Arbeitsverweigerung und Spesenbetrugs sind gegenstandslos (**metall** 3/2007). Nach Ansicht der Kammer seien die Begründungen für die außerordentlichen Kündigungen weder tauglich noch nachvollziehbar. Die Drei müssen nun weiterbeschäftigt werden, obwohl der Geschäftsführer das Urteil nun »für nicht nachvollziehbar« hält. ◄

G8-Gipfel

Blockierer von Heiligendamm

Was bleibt vom G8-Gipfel übrig – außer den 118 Millionen Euro, die er die deutschen Steuerzahler gekostet hat?

Für den Sicherheitszaun in Heiligendamm, für den eine Mecklenburger Stahlbaufirma 500 Tonnen Eisen verarbeitet hat, soll es schon Kaufinteressenten geben. Bei den politischen Beschlüssen wird es länger dauern, bis klar ist, ob aus ihnen etwas wird. Zum Beispiel aus der »sozialen Gestaltung der Globalisierung«, die die Bundeskanzlerin voranbringen wollte. In der Abschlusserklärung verpflichten sich die acht Teilnehmerländer, die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu fördern. In ihnen geht es um das Verbot von Diskriminierungen, Kinder- und Zwangsarbeit und das Recht, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Aber Konkretes wurde dazu nicht beschlossen. Zu den als »Heuschrecken« in Verruf geratenen Hedgefonds entschied der Gipfel gar nichts, weil die USA und Großbritannien, in deren Ländern die meisten Fonds sitzen, blockierten.

Foto: Roland Geisheimer/ attenzione

G8-Gegner fordern: »Die Armen nicht vergessen«.

Auch zum Klimaschutz wurden keine klaren Ziele festgelegt. Dass George Bush überredet werden konnte, an künftigen Verhandlungen teilzunehmen, »bedeutet gar nichts«, sagt Greenpeace-Klimaexperte Tobias Münchmeyer.

Über das Kyoto-Klimaabkommen hatten die USA mit verhandelt, es danach aber nicht umgesetzt. Die Umweltschützer sind enttäuscht. »Der G8-Gipfel«, klagt Münchmeyer, »hat eine große Chance vertan.« ◄

Daimler-Chrysler, Untertürkheim

»CGM«-Funktionär ist Nazi-Musiker

Die IG Metall-Betriebszeitung »Scheibenwischer« bei Daimler-Chrysler hat Betriebsratsmitglied Oliver Hilburger als Mitglied der Nazi-Band »Noie Werte« enttarnt. Der Musiker ist bei der »Christlichen Gewerkschaft Metall« (CGM) organisiert und gehört deren Landesvorstand an. Nebenbei rockt er offensichtlich bei »Noie Werte«, eine der berüchtigsten deutschen Nazi-Bands. Ihre Texte verherrlichen offen Nazi-Gedankengut: »Der Kampf gilt auch der Linken, der ganzen roten Brut. Doch wir werden sie besiegen, mit rechtem, deutschen Blut«, hetzen sie – und verehren gleichzeitig den verurteilten Kriegsverbrecher Rudolf Hess (»Alter Mann aus Spandau«).

Einzelne Stücke der Nazi-Band waren auf den berüchtigten Schulhof-CD der »Freien Kameradschaften« und der NPD zu hören. Dabei bedrohen sie Journalisten (»Ich kenne Deinen Namen, ich kenne Dein Gesicht«)und deuten die Befreiung früherer deutscher Ostgebiete als Besetzung um. Bereits vor drei Jahren hatte das Amtsgericht Halle die Beschlagnahme der CD »Anpassung ist Feigheit« veranlasst. Darauf war auch »Noie Werte« zu hören. ◄

Foto: PR

»CGM«-Landesvorstand Baden-Württemberg mit Nazi-Musiker Oliver Hilburger (links).

7_8_6_7_apm.qxp:06_07_Magazin 20.06.2007 18:54 Uhr Seite 7

Berufsbildung

Berufliche Kompetenz wertschätzen

Eine weitgehend einheitliche und vergleichbare Berufsbildung in ganz Europa – das soll der »Europäische Qualifikationsrahmen« erreichen, den die EU bis Ende des Jahres einführen will. Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) beteuert, das seit Jahrzehnten bewährte deutsche Modell der dualen Ausbildung solle seine Bedeutung behalten. metall sprach darüber mit Gerhard Bosch, Arbeitswissenschaftler von der Universität Duisburg.

metall: Was verbirgt sich noch hinter dem Vorhaben?
Bosch: Vordergründig klingt es gut: Egal, wo jemand gelernt hat – er soll nach seinen Kompetenzen und nicht nach seinen Abschlüssen eingestuft werden. Danach müssten Arbeitnehmer, die sehr viel Erfahrungswissen mitbringen, aber keinen akademischen Abschluss, sehr hoch eingestuft werden. Aber so sieht es derzeit nicht aus. Die oberen Niveaus sind Akademikern vorbehalten. In Deutschland haben wir viele Ausbildungsgänge im dualen System, die möglicherweise nach einem internationalen Klassifikationssystem schlechter eingestuft würden.

metall: Was wird dann aus der dualen Ausbildung?
Bosch: Einige Experten fürchten, dass die deutschen Traditionen der Ausbildung untergehen, ohne dass ein ähnlich Erfolg versprechendes System an ihre Stelle gesetzt wird. Statt umfassender Berufsbilder, wie wir sie kennen, hätten wir dann wie heute in Großbritannien Einzelqualifikationen, die man sozusagen beliebig erwerben kann. Die aktuelle Ausbildung dort führt nicht zu einem einheitlichen Berufsbild. Der Arbeitnehmer hat keinen richtigen Abschluss in der Hand. Und der Unternehmer weiß nicht genau, welche Qualifikation er bekommt. Der Mangel an »Beruflichkeit«, also Orientierung an einem umfassenden Berufsbild, führt aus unserer Erfahrung zu geringerer Flexibilität und Produktivität. Und – besonders wichtig – die Innovationsfähigkeit leidet.

metall: Ist dies eine zwangsläufige Folge des geplanten Europäischen Qualifikationsrahmens?
Bosch: Nein. Wir haben es weiterhin selbst in der Hand, auf nationaler Ebene unsere Berufsausbildung zu gestalten. Die größte Gefahr für das duale System kommt aus dem eigenen Land: Bildungspolitik wird zunehmend von Akademikern bestimmt, die die zentrale Rolle des dualen Systems der beruflichen Bildung für die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unterschätzen. Viele deutsche Bildungspolitiker starren nur auf die hohen Akademikerzahlen in Großbritannien, den USA, Kanada oder Frankreich. Diese Länder haben aber auf der mittleren Ebene einen chronischen Fachkräftemangel.

metall: Was ist aus Ihrer Sicht an den Plänen besonders kritisch ?
Bosch: Man muss die Grundidee ernst nehmen und nach Kompetenzen einstufen und nicht die obere Etage für akademische Abschlüsse reservieren. Wir müssen vor allem die Durchlässigkeit des dualen Systems nach oben verbessern. So sollten wir den europäischen Rahmen nutzen, um qualifizierten Fachkräften den Zugang zur Hochschule zu erleichtern. Dabei müssen erworbene Kompetenzen angerechnet werden. Vor allem geht es um bundeseinheitliche Regelungen. Der Europäische Qualifikationsrahmen ist vielleicht die einzige Waffe gegen die Kleinstaaterei in der Bildungspolitik nach der Föderalismusreform. ◄

Foto: IAQ

Gerhard Bosch: Bildungspolitik wird von Akademikern bestimmt, die den Wert des dualen Systems unterschätzen.

Südafrika

Metallergewerkschaft feiert 20. Geburtstag

Als sich die südafrikanischen Metallarbeiter im Mai 1987 zu ihrer gemeinsamen Gewerkschaft, der Numsa, zusammentaten, herrschten Apartheid und ein zutiefst ungerechtes Wirtschaftssystem. Genau 20 Jahre später sieht die Welt anders aus: Die Apartheid gehört der Vergangenheit an. Südafrika ist ein weltoffenes Land. Für die Numsa-Mitglieder aber sind viele Probleme ähnlich wie bei der Gründung ihrer Gewerkschaft. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter – trotz boomender Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit beträgt gut 25 Prozent, in manchen Regionen bis zu 40 Prozent. NUMSA hat heute 230 000 Mitglieder und ist damit eine der größten Gewerkschaften im südafrikanischen Dachverband Cosatu. Auch das war vor 20 Jahren nicht vorhersehbar, als viele Beschäftigte nicht wagen konnten, einer Gewerkschaft beizutreten. Viele der damaligen Gewerkschaftsaktivisten saßen im Gefängnis. Numsa ist in der Autoindustrie stark. Über Daimler, BMW und Volkswagen ergaben sich in den 80er Jahren Kontakte zur IG Metall. Sie führte Mindeststandards ein, die Arbeitern in Deutschland und Südafrika gleiche Rechte sichern und damit die Apartheid – zumindest in den Betrieben – überwinden sollten. Viele der Anregungen der IG Metall gingen in das Arbeitsrecht des demokratischen Südafrika ein. ◄

Arbeitsgericht

Niederlage für Avaya

Das Arbeitsgericht Frankfurt hat 159 Klagen von Beschäftigten gegen den Telekommunikationshersteller Avaya Recht gegeben. Die Beschäftigten hatten sich gegen die Anrechnung der Tariferhöhung auf die übertariflichen Zulagen im vergangenen Jahr gewandt. Mit dem Urteil musste das Unternehmen in seiner Strategie, tarifliche Leistungen zu drücken, eine herbe Niederlage hinnehmen.

Weiterer Ärger steht allerdings bevor. IG Metall-Vertrauensleute rechnen mit einem Austritt von Avaya aus den Arbeitgeberverbänden. ◄

7_8_8_13_apm.qxp:7_8_Seite 8-13 20.06.2007 18:59 Uhr Seite 8

Foto: Stefan Trapper/Caro

Schäubles Verfolgungswahn

Ein Polizeieinsatz gegen G8-Gegner bei Bollhagen während des G8-Gipfels. Foto: Polaris/laif

FÄLLE AUS DEM GRUNDRECHTE-REPORT 2007*

DULDUNG: Rund 190 000 »geduldete« Ausländer besitzen keinen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus. Sie hausen mit Ehepartner, Kindern oder wildfremden Menschen zusammengepfercht, oft in Lagern. So leben zu müssen, widerspricht der menschlichen Würde und verletzt Artikel 1 und Artikel 2 Absatz 1 Grundgesetz.

GEHEIME AUSFORSCHUNG: Mindestens zwei V-Leute des Verfassungsschutzes haben das sozialkritische Berliner Sozialforum beschattet. Im Rahmen der Bespitzelung wurden auch Daten über Professor Peter Grottian gesammelt. Mit der geheimen Ausforschung wurde die demokratische Verfassung beschädigt.

* VERÖFFENTLICHT IM S. FISCHER TASCHENBUCHVERLAG, FRANKFURT AM MAIN

7_8_8_13_apm.qxp:7_8_Seite 8-13 20.06.2007 18:59 Uhr Seite 9

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU): »Wir tun, was wir tun müssen«. Foto: H.-Ch. Plambeck/ laif

Hausdurchsuchung am 9. Mai in Berlin: »Grund- und Menschenrechte verletzt«. Foto: Ch. Ditsch/ version-photo.de

Biometrischer Reisepass, Fingerabdruck: »Niemand weiß, was mit den Daten geschieht«. Foto: stefankiefer.com

Immer mehr Daten der Bundesbürger werden erfasst und miteinander verknüpft, die Kontrolle Schritt für Schritt perfektioniert. Angeblich richtet sich die Überwacherei gegen potenzielle Terroristen. In Wirklichkeit will der Staat vor allem mehr Macht.

Von Fritz Arndt

Beim bundesweiten Netz der Telefonseelsorge klingelt jedes Jahr rund zwei Millionen mal das Telefon. Mal stecken die Anrufer in einer Ehekrise, mal sind sie krank und brauchen Rat, mal gibt es Ärger in der Schule oder im Betrieb. »Die Anrufer bleiben anonym und wissen, dass sie unbeobachtet sind«, beschreibt der Essener Pfarrer Werner Korsten den Anspruch der Initiative.

Doch seitdem Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) sämtliche Telefongespräche und den E-Mail-Verkehr erfassen und sechs Monate lang speichern will, zweifeln viele der rund 7000 meist ehrenamtlichen Telefonseelsorger an Gott und der Welt. Soll in einem demokratischen Land nicht mehr unbeobachtet telefoniert werden können?

Rund 2000 Bürgerrechtler haben Mitte April in Frankfurt am Main gegen die »ausufernde Überwachung durch Staat und Wirtschaft« demonstriert. »Egal, was wir tun, mit wem wir sprechen oder telefonieren, wohin wir uns bewegen oder fahren, mit wem wir befreundet sind, wofür wir uns interessieren, in welchen Gruppen wir engagiert sind – der ›große Bruder‹ Staat und die ›kleinen Brüder‹ aus der Wirtschaft wissen es immer genauer«, geißelt der Aufruf die Berliner Pläne. Über 30 Organisationen hatten unterschrieben. Neben den Seelsorgern auch der Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen und »Humanistische Union«.

Terroristen als Vorwand

Während sich viele Bundesbürger bereits in einem Hochsicherheitstrakt wähnen, spielt sich Schäuble als vorausblickender Staatsmann auf. »Wir tun, was wir tun müssen«, rechtfertigt er seinen Überwachungswahn. Schließlich gehe es darum, die Gefahren »im Kampf gegen den internationalen Terrorismus« abzuwehren.

In Wirklichkeit werden Terroristen als Vorwand benutzt, um die Kontrollmechanismen voranzutreiben. »Sicherheit ist zum Manipulationsbegriff der Herrschenden geworden, die für ihr Handeln mehr Macht wollen«, sagt Ulrich Finckh, Fritz-Bauer-Preisträger und bis 2003 Vorsitzender der »Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen« (KDV).

Beispielsweise bei der Fußballweltmeisterschaft im vergangenen Jahr. Dem renommierten Grundrechte-Report zufolge wurde das Sportereignis »zu einem der umfangreichsten Eingriffe in Grundrechte instrumentalisiert«. Die Daten einer Viertel Million Menschen – Kellner, Putzfrauen, Serviceleute – seien bereits vor dem Start während einer Sicherheitsüberprüfung erfasst und an Polizei und Verfassungsschutz weitergeschickt worden. Parallel mussten bei der Ticketbestellung über drei Millionen Stadionbesucher ihre Daten preisgeben. Sie wurden anschließend in Chips gespeichert und in die Tickets eingebaut. Der große Bruder lässt grüßen.

Bedrohlich wirkt auch der biometrische Reisepass, der nach und nach für alle eingeführt wird. Er speichert per Funk-Mikrochip (RFID) Foto und Fingerabdruck. Passinhaber würden dafür einer Prozedur unterzogen, kritisiert das »Forum InformatikerIn-

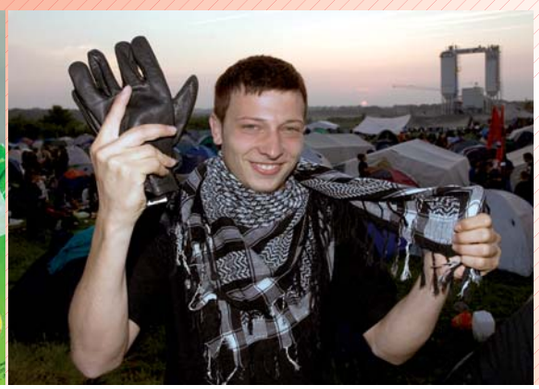
BRECHMITTEL: In mehreren Bundesländern hat die Polizei Verdächtigen zwangsweise Brechmittel eingeflößt. Zwei der Opfer starben. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die Bundesrepubik dafür verurteilt. Verstoß gegen Artikel 3 der Europäischen Menchenrechtskonvention (EMRK).

MENSCHENWÜRDE: Ein Passagierflugzeug, das womöglich als Waffe eingesetzt wird, kann abgeschossen werden. Das war der Inhalt des »Luftsicherheitsgesetz«. Das Bundesverfassungsgericht senkte den Daumen: Nicht zu vereinbaren mit Verpflichtung des Staates zur Achtung und zum Schutz der menschlichen Würde.

7_8_8_13_apm.qxp:7_8_Seite 8-13 20.06.2007 18:59 Uhr Seite 10

Security-Messe, Essen, 2006: »Großer und kleiner Bruder« immer genau informiert. Foto: R. Oberhaeuser/ caro

WM-Tickets vom vergangenen Jahr: Daten von drei Millionen Fans gespeichert. Foto: Stefan Boness/IPON



Metaller und G8-Gegner Marcel Welzel: Festnahme in Rostock auf Verdacht. Foto: transit-berlin

nen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung« (FIfF), die »der erkennungsdienstlichen Behandlung von Kriminellen gleicht«. Da die gespeicherten Daten zudem an den Landesgrenzen erfasst und gespeichert werden könnten, werde zudem das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt: »Niemand weiß, wer Zugriff darauf hat und was mit den sensiblen Daten passiert.«

»Ergänzung« für das Grundgesetz

Schäuble will jetzt noch einen Schritt weiter gehen. So sollen Kriminalbeamte künftig auch in privaten Computern schnüffeln dürfen. Ohne einen konkreten Verdacht, nur »zum Zwecke der Prävention«. Auf diese Weise würde jeder Einzelne als potenzieller Gewalttäter angesehen. Wenn nötig, hat Schäuble schon mal kundgetan, werde dafür das Grundgesetz »ergänzt«. Bisher garantiert Artikel 13 nämlich, dass die Wohnung »unverletzlich« ist.

Sind die im Grundgesetz gewährten Rechte denn nichts mehr wert? Schon im vergangenen Dezember hat die Bundesregierung ihre umstrittene Anti-Terror-Datei (ATD) installiert. An den Daten können sich Kripo und Polizei, der Zoll, Verfassungsschützer und Militärischer Abschirmdienst bedienen. Erfasst werden nicht nur Terroristen und deren Helfer. Sondern alle, die »Anhaltspunkte« dafür liefern, rechtswidrige Gewalt zu unterstützen. Die Gesinnung reicht also schon. »Viele Mitbürger, die den Behörden durch die Ausübung ihrer Meinungsfreiheit als Befürworter von nichtfriedlichen Konflikten gelten, werden zukünftig mit ihrer Speicherung in der ATD zu rechnen haben«, klagt Frederik Roggan, stellvertretender Bundesvorsitzender der »Humanistischen Union«.

Mit dabei dürften auch viele sein, die während des G8-Gipfels auf die Straße gegangen sind. Schon im Mai durchsuchten Polizisten bundesweit dutzende Wohnungen – unter Vorwänden und ohne konkreten Verdacht. Für das »Komitee für Grundrechte und Demokratie« wurden damit Grund- und Menschenrechte »massiv« verletzt: Rechte betroffener Wohnungsinhaber – und die von Menschen, »deren Daten in die Hände der Staatsmacht gefallen sind«.

Das anschließende Versammlungsverbot 40 Quadratkilometer rund um Heiligendamm dürfte für die Geschichte der Bundesrepublik einmalig sein. »Mit der Begründung ›polizeilicher Notstand‹ werden Grundrechte der Bürger außer Kraft gesetzt«, beschwerten sich die Anwälte der Organisatoren. Offenbar sollen neue Maßstäbe her, womöglich auch für künftige gewerkschaftliche Proteste.

Metaller grundlos festgesetzt

Während der Demos fühlten sich viele Demonstranten in einen Polizeistaat versetzt. Wie zu Stasi-Zeiten mussten Menschen Geruchsproben abgeben, kritische Jounalisten wurden ausgesperrt, Demonstranten grundlos kontrolliert und verfolgt, die Bundeswehr in Trab gesetzt. Auch die Metaller Peter Hosse, Azubi bei der »Thüringschen Weidmüller« und Marcel Welzel, Azubi bei Daimler-Chrysler in Untertürkheim, hatten Pech. Sie wurden auf dem Weg zu einer angemeldeten Demonstration in Rostock fünf Stunden lang festgesetzt. Vermummungsverdacht, argwöhnte die Polizei. Tatsächlich trugen die beiden nur Halstücher – wegen des Wetters.

Zu verhindern waren die Proteste dennoch nicht. »Die Wirklichkeit hat das Recht schon überholt«, frohlockten die Organisatoren. Die Versammlungsfreiheit werde »wie immer in der Geschichte« auf der Straße erobert, nicht vor Gerichten. ◄

FÄLLE AUS DEM GRUNDRECHTE-REPORT 2007*

STUDIENGEBÜHREN: Mehrere Bundesländer haben im vergangen Jahr Studiengebühren eingeführt. Damit haben sie den seit 1976 geltenden UN-Sozialpakt missachtet. Das »Recht auf Bildung« ist demnach durch »allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit« des Hochschulbesuchs zu gewähren.

STEUERN: Nach dem Grundgesetz müssen die Steuerpflichtigen »rechtlich und gleich belastet werden«. Wer wohlhabend ist, soll auch mehr Steuern bezahlen. In Wirklichkeit wurden in allen Steuerreformen, »von Kohl bis Merkel«, vor allem Reiche und Unternehmen entlastet.

* VERÖFFENTLICHT IM S. FISCHER TASCHENBUCHVERLAG, FRANKFURT AM MAIN

7_8_8_13_apm.qxp:7_8_Seite 8-13 20.06.2007 19:00 Uhr Seite 11

»Ich halte das für eine gefährliche Tendenz«

metall sprach mit Peter Schaar, Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.

Foto: Lisa Johannsen/ photothek.net

Peter Schaar: »Unbeobachtete Kommunikation ist wesentlicher Teil unserer demokratischen Gesellschaft.«

metall: Wird zu viel überwacht?
Peter Schaar: Grundsätzlich beobachte ich eine Tendenz, die in Richtung einer Vorfeldüberwachung geht, einer Überwachung unschuldiger Bürgerinnen und Bürger, die bereits beginnt, bevor es überhaupt irgendeinen Hinweis auf eine geplante Straftat gibt.

metall: Innenminister Schäuble will sogar Privatcomputer heimlich checken lassen.
Schaar: Der Bundesgerichtshof hat festgestellt, dass es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt. Überraschend war ja kürzlich zu hören, dass der Verfassungsschutz bereits Online-Durchsuchungen durchgeführt hat.

metall: Im Innenministerium wird erwogen, die Rechtsgrundlagen nachzuliefern.
Schaar: Dem stehe ich sehr skeptisch gegenüber. Zumal nicht einmal klar ist, was genau überwacht werden und wie die Überwachung technisch gestaltet werden soll. Ist an Privatcomputer oder Festplatten in Wohnungen gedacht? Sollen es Anrufbeantworter oder E-Mail-Accounts sein? Es ist zu befürchten, dass diese Maßnahmen auch private Inhalte, wie Arztrechnungen oder persönliche Aufzeichnungen, umfasst, die ähnlich sensibel sind wie vertrauliche Unterhaltungen oder Tagebucheinträge.

metall: Nach dem Grundgesetz ist die Wohnung unverletzlich. Ist dieses Recht in Deutschland nichts mehr wert?
Schaar: Der Artikel 13 Grundgesetz ist zumindest dann betroffen, wenn Überwachungstechniken in Wohnräumen angewandt werden. Wer das will, muss das Grundgesetz ändern. Ich warne jedoch davor, aufgrund von Vermutungen oder vermeintlichen Notwendigkeiten die Verfassung zu ändern.

metall: Daten von Telefonaten oder dem Internet sollen erfasst und sechs Monate gespeichert werden. Ist das legitim?
Schaar: Wir Datenschützer sehen das als einen Dammbruch an. Die freie und unbeobachtete Kommunikation ist ein wesentliches Element unserer demokratischen Informationsgesellschaft. Mit der Vorratsdatenspeicherung werden ohne konkreten Verdacht einer Straftat oder Hinweise auf eine Gefahr höchst sensible und vom Fernmeldegeheimnis des Grundgesetzes geschützte Daten aller Nutzer gesammelt und gespeichert. Daher hatte sich der Bundestag noch 2005 gegen eine Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen.

metall: Angeblich setzt die Bundesregierung nur europäisches Recht um.
Schaar: Ja, aber die Bundesregierung hat der EU-Richtlinie, die gegen den Widerspruch der Datenschutzbeauftragten beschlossen wurde, selbst zugestimmt.

metall: Bewegt sich Deutschland in Richtung eines Überwachungsstaates?
Schaar: Zum Glück funktionieren rechtsstaatliche Sicherungen, vor allem die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes. Richtig ist aber, dass wir immer mehr Überwachung haben, nicht nur durch staatliche Stellen. Die Politik hat den Schutz der Privatsphäre sträflich vernachlässigt. Immer größere Datenmengen werden gespeichert und verknüpft. Nicht nur bei der inneren Sicherheit, auch im sozialen Bereich und in der Privatwirtschaft. Ich halte das für eine sehr gefährliche Tendenz. Technisch wäre eine Rundum-Überwachung möglich, auch im Arbeitsleben.

metall: Wie sähe die aus?
Schaar: Schon durch E-Mails und Internet ist das Arbeitsleben vielfältig betroffen. In vielen Firmen werden die Zugriffe registriert. Damit lässt sich feststellen, für welche Websites sich die Mitarbeiter interessieren. Das schließt auch die Leistungskontrolle mit ein.

metall: Auch elektronische Ausweise erlauben eine rigorose Überwachung.
Schaar: Jede Bewegung im Betrieb lässt sich damit kontrollieren. Außerdem werden heute schon RFID-Funkchips in vielen Bereichen des Arbeitslebens, etwa beim Waren- und Bestandsmanagement, eingesetzt. Sie registrieren, welche Geräte eingesetzt und welche Waren bewegt werden. Und mit GPS-gestützten Ortungssystemen lässt sich die Logistik überwachen. Diese allgegenwärtige Datenverarbeitung kann zur Verhaltens- und Leistungskontrolle ausgebaut werden.

metall: Welche Gefahren sehen Sie für die Menschen?
Schaar: Ich sehe vor allem die Gefahr des Duckmäusertums. Wer befürchtet, mit seiner Meinung und seinem Verhalten bei Arbeitgebern, der Polizei oder Nachbarn anzuecken, passt sich sicherheitshalber an. Andere verhalten sich nur unter Überwachungsdruck verantwortungsbewusst. Wenn diese Menschen sich unbeobachtet fühlen, gibt es für sie dann kein Halten mehr. ◄

BERUFSVERBOTE: Schon 1996 hatte der Europäische Gerichtshof die Bundesregierung wegen der Berufsverbote verurteilt. Die Praxis verstoße gegen die Menschenrechte. Dennoch hat Baden-Württemberg im vergangenen Jahr versucht, die Einstellung des Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkoczy in den Schuldienst zu verhindern, weil er der »Antifaschistischen Initiative Heidelberg« (AIHD) angehört.

7_8_12_13_apm.qxp:12_13 20.06.2007 19:07 Uhr Seite 12

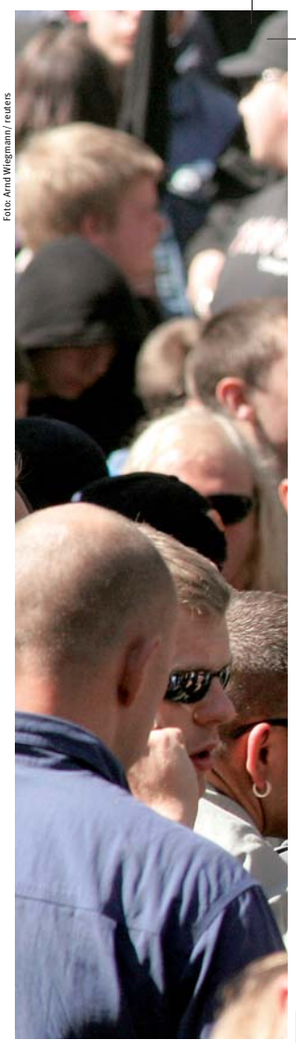


Foto: Arnd Wiegmann/ reuters

Gewalttäter, Rassisten, Gewerkschaftshasser

Unter dem Schutz der Polizei verbreiten Nazis immer offener ihre rechten Parolen. Am 7. Juli wollen sie auch in Frankfurt am Main groß aufmarschieren. Gewerkschafter und Demokraten wollen das verhindern.

Anfang Juni, nach den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, war die Stimmung bei den NPD-Nazis mal wieder auf dem Höhepunkt. »Es ist schon symbolisch, dass der nationale Widerstand am 2. Juni ungehindert durch das Brandenburger Tor marschieren konnte«, jubelten die Braunen. »Es ist schon symbolisch, dass eine linke Universitätsstadt wie Lüneburg Schauplatz eines friedlichen nationalen Protestes sein kann.«

Die Häme ist nicht unbegründet. Denn Polizei und Politik reagieren auf die zunehmenden Nazi-Aufmärsche reichlich hilflos. Oder haben die Beamten nur keine Lust? In Schwerin waren sie am 2. Juni offenbar von einer wichtigeren Aufgabe abgelenkt. »Die rund 150 Linken, die nach Schwerin gekommen waren, um der NPD zu trotzen, wurden von der Polizei an der Bahnhofstür eingekesselt und später vollzählig in Gewahrsam genommen«, berichtete die »Frankfurter Rundschau«. Grund: Sie hätten eine ungenehmigte Demonstration geplant. Gleichzeitig marschierten hunderte Nazis in Lüneburg und Wittenberge, in Güstrow und Oranienburg, Potsdam und Greifswald. Keine einzige dieser Veranstaltungen war erlaubt.

So ähnlich läuft es auch im Westen der Republik. So durfte die NPD in Rüsselsheim am 1. Mai unter Polizeischutz auf dem zentralen Ferdinand-Lassalle-Platz aufmarschieren, um »gegen System und Kapital« zu schwadronieren. Gewerkschafter, die den Nazi-Protest verhindern wollten, mussten zugucken. Katinka Poensgen, Zweite Bevollmächtigte der Frankfurter IG Metall: »Mit 2000 Polizisten, fünf Wasserwerfern, Räumpanzern, Hundestaffeln und Pfefferspray wurde der Aufmarsch von NPD und Freien Kameradschaften durchgesetzt.«

Angriffe auf Gewerkschaften

In Wolfsburg ermöglichten 600 Polizisten der NPD, in der Fußgängerzone Flugblätter mit Nazi-Inhalten zu verteilen. Als sich 50 Linke und Gewerkschafter näherten und auch noch »Nazis raus« riefen, schlugen die Staatsschützer zu. Erst wurden die Nazi-Gegner durchsucht, dann mussten sie ihre Personalien rausrücken und schließlich verschwinden. Die IG Metall will jetzt in die Offensive gehen und ein breites Bündnis gegen die NPD knüpfen. »Wenn die NPD in der Fußgängerzone einen Infostand hat, ist das ärgerlich«, analysiert der Erste Bevollmächtigte in Wolfsburg Frank Patta, die Lage. »Aber wenn die NPD in den Landtag kommt, ist das gefährlich.« Die Wahlen stehen im Frühjahr an.

Immer dreister gehen Nazis auch gegen Gewerkschafter vor. So sprengten in Hamburg rund 20 Neonazis – darunter der Wandsbeker NPD-Kreisvorsitzende Karl-Heinrich Goebel und Mario Indorf, Mitglied des NPD-Bundesordnerdienstes – eine Infoveranstaltung der DGB-Jugend zum Thema Rechtsextremismus. Anfangs wehrten DGB-Ordner die Tritte und Schläge der Nazis noch ab. Dann griffen Polizisten ein und drohten, die Veranstaltung abzubrechen – falls die Na-

NPD: Initiative für ein neues Verbotsverfahren

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) will die rechtsextreme NPD verbieten lassen. Über 73 000 Menschen haben schon unterschrieben.

»Wir fordern Sie auf, ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD nach Paragraf 21, Absatz 2 Grundgesetz auf den Weg zu bringen«, hat Deutschlands älteste antifaschistische Organisation an die Bundestags-Abgeordneten aller Fraktionen appelliert. Die NPD habe ein »funktionsfähiges Bündnis mit gewaltbereiten Gruppen geschlossen« und sich zum »gefährlichsten Kristallisationskern des gesamten Neofaschismus« entwickelt. Ihre Politik laufe auf »politisch motivierte Gewaltverbrechen hinaus«. Vor fünf Jahren hatte bereits der frühere Innenminister Otto Schily (SPD) ein Verbotsverfahren eingeleitet. Es war gescheitert, weil eingeschleuste Verfassungsschützer hohe NPD-Ämter eingenommen hatten. Dies, befand 2003 das Bundesverfassungsgericht, sei mit einem rechtsstaatlichen Verfahren »unvereinbar«. Die Frage, ob die NPD eine verfassungsfeindliche Organisation ist, wurde erst gar nicht behandelt.

Bisher haben über 73 000 Menschen die Unterschriften-Sammlung der VVN-BdA unterschrieben. Zu den Unterzeichnern gehören der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters, die Schauspielerin Hannelore Elsner, das Präsidium des 1. FC Nürnberg, der Regensburger Bischof Gerhard Müller und Augsburgs Oberbürgermeister Paul Wengert. Infos unter www.npd-verbot-jetzt.de

7_8_12_13_apm.qxp:12_13 20.06.2007 19:07 Uhr Seite 13

Nazi-Aufmarsch in Erfurt am 1. Mai 2007: Die Anzahl rechtsradikaler Straftaten mit extremistischem Hintergrund ist im vergangenen Jahr um 14,6 Prozent angestiegen. Insgesamt wurden in Deutschland 17 597 solcher Nazi-Verbrechen registriert.

zis draußen bleiben müssten. Der DGB hatte danach keine Wahl und musste die Veranstaltung selber absagen. Heiko Humburg, damals DGB-Jugendbildungsreferent, war außer sich: »Dass die Polizei trotz vorheriger Zusage nicht willens war, unsere Veranstaltung zu schützen, ist ein Skandal.«

Ausländer als Sündenböcke

Sind die Ordnungshüter auf ihrem rechten Auge blind? Schon ein Blick in den aktuellen Verfassungsschutzbericht könnte die Sinne schärfen. Dem Bericht zufolge ist die Anzahl rechtsradikaler Straftaten »mit extremistischem Hintergrund« 2006 um 14,6 Prozent angestiegen. 17 597 Fälle wurden registriert, ein Jahr zuvor waren es noch 15 361. Die Nazis griffen andere an und verletzten sie, informiert der Bericht. Sie führten Sprengstoffanschläge herbei, raubten andere Menschen aus und nervten mit unerlaubter Rechts-Propaganda.

Oft treten die Nazis dabei wie Wölfe im Schafspelz auf und täuschen eine arbeitnehmerfreundliche Gesinnung vor. Selbst gewerkschaftliche Publikationen werden bemüht – beispielsweise eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. »Während Großunternehmen und Finanzspekulanten astronomische Gewinne einfahren«, schleimen die Nazis butterweich, »gingen die Reallöhne 2004 erstmals um 0,9 Prozent zurück.« Deutschland bilde damit ein »trauriges Schlusslicht« in der EU.

Doch statt die Arbeitnehmer gegen die Großunternehmen zu stützen, wird das Übel in der »gegenwärtigen Zuwanderungspolitik« gesehen – die Ausländer also. Folgerichtig fordern die Nazis »Sondersteuern für Unternehmen, die Ausländer beschäftigen« und die »Ausgliederung der ausländischen Arbeitskräfte aus der deutschen Sozialversicherung«. Rassismus bedeutet das, was sonst.

Wie einst die SA

Als nächstes Highlight hat die NPD eine »antikapitalistische Demonstration« in Frankfurt am Main vorgesehen. Für den Aufmarsch ist der 7. Juli geplant. An diesem Tag vor 81 Jahren war die »Hitler-Jugend« gegründet worden. Der Demonstrations-Aufruf klingt mal wieder gewerkschaftsnah. »Tag für Tag streichen deutsche Unternehmen Arbeitsplätze, obwohl sie satte Gewinne einfahren«, posaunt die NPD. Parallel wirbt ein Mobilisierungs-Video: »Nichts für uns, alles fürs Vaterland«. Der Spruch ist an eine SA-Parole in Nazi-Deutschland angelehnt: »Nichts für uns, alles für Deutschland«.

Ob die Nazis jedoch am Main marschieren werden, ist mehr als ungewiss. Denn Gewerkschaften und Antifaschisten sind fest entschlossen, Frankfurt am 7. Juli in eine »No Go Area für Nazis« zu verwandeln. Zahlreiche Organisationen haben inzwischen den Aufruf der Frankfurter »Anti-Nazi-Koordination« unterschrieben, darunter auch die Frankfurter IG Metall. Katinka Poensgen: »Es wird die demokratische Öffentlichkeit im In- und Ausland sicher interessieren, dass eine Demo offen nationalsozialistisch beworben und von den Frankfurter Behörden unter der Verantwortung der Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) legalisiert wird.« ◄

Fritz Arndt

Infos

- **www.nogonazi.de.vu**
- **www.antinazikoordination.de.vu**
- **Info-Telefon: 069 – 24253123**

7_8_14_15_apm.qxp:14_15_Europa_Betriebsreport 20.06.2007 20:01 Uhr Seite 14

EU-Ratspräsidentschaft mit Hochs und Tiefs

Foto: Image Source

Die Bundesregierung wollte der europäischen Verfassung wieder auf die Sprünge helfen, als sie Anfang des Jahres die EU-Ratspräsidentschaft übernahm. In diesen Tagen endet ihr Vorsitz. Aus Sicht des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) fällt die Bilanz gemischt aus.

Mit dem Verfassungsentwurf konnten sich Franzosen und Niederländer nicht anfreunden und lehnten den Vertrag vor zwei Jahren ab. Seither liegt das Projekt auf Eis. Bundeskanzlerin Angela Merkel setzte es nun wieder auf die Tagesordnung.

Ihren Einsatz für die Wiederbelebung des Verfassungsvertrags begrüßt Reiner Hoffmann, stellvertretender Generalsekretär des EGB. Zumal die deutsche Regierung an der Grundrechte-Charta festhalten will. Denn sie würde die Rechte von Arbeitnehmern und Gewerkschaften stärken. »Die Verfassung verpflichtet die Staaten auf das Ziel der Vollbeschäftigung«, sagt Hoffmann. »Das ist etwas anderes als der Nizza-Vertrag, der nur ein hohes Beschäftigungsniveau anstrebt.« Natürlich müssten aus Sicht der Gewerkschaften Teile des Vertrags verbessert werden. Doch das ist für Hoffmann kein Grund, das ganze Werk wegzuwerfen.

Auch bei der Regulierung der Finanzmärkte und bei der Diskussion um ein flexibles europäisches Arbeitsrecht setzte die deutsche Ratspräsidentschaft positive Signale, sagt Hoffmann. Sie habe beim Thema Flexicurity klar gemacht, dass sich dahinter kein trojanisches Pferd für eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes verbergen dürfe. Zwar sei es bei der Frage, wie sich Finanzmärkte regulieren lassen, zu keiner gemeinsamen Position gekommen. »Es war aber eine klare Absage an die Position des zuständigen EU-Kommissars McCreevy, der sich gegen eine Regulierung von Hedge-Fonds ausgesprochen hatte«, sagt Hoffmann.

Vieles nicht angepackt

Kritisch sieht der Gewerkschafter dagegen, dass viele Themen von der deutschen Ratspräsidentschaft nicht angepackt wurden. So ist die EU etwa beim Thema Leiharbeit im letzten halben Jahr keinen Schritt vorangekommen. Bei der Arbeitszeitrichtlinie und der Richtlinie zu den Euro-Betriebsräten gab es ebenfalls keine Fortschritte.

Eine Generalüberholung braucht nach Ansicht der Gewerkschaften auch der Stabilitätspakt. Dieses Thema kam ebenso wenig auf den Tisch. Die starren Kriterien zur Neuverschuldung passten sich zu wenig an die Situation in den jeweiligen Ländern an. Hier wünscht sich Hoffmann einmal die Flexibilität, die viele Politiker ansonsten von Arbeitnehmern erwarten. ◄

Fabienne Melzer

Stimme für 60 Millionen Menschen

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) vertritt seit 1973 die Interessen von nationalen Gewerkschaftsbünden in Europa. Rund 60 Millionen Menschen gehören den Mitgliedsorganisationen an. Insgesamt haben sich 81 nationale Gewerkschaftsbünde in 36 Ländern und zwölf Branchenverbände im EGB zusammengeschlossen. Der EGB beteiligt sich an den Gesetzgebungsverfahren der EU. Sein Ziel ist es, Wachstum mit verbesserten Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbinden. Mehr Infos: www.etuc.org

► Die Serie **»Europa«** stellt in den kommenden Monaten wichtige Themen und Entwicklungen in der EU vor.

Die Beschäftigten beim Leipziger Autositzhersteller Faurecia waren unzufrieden mit ihrem »Christen-Tarif«. Auf die Sturheit ihrer Chefs antworteten sie mit einer Eintrittswelle in die IG Metall. 2006 gab's die erste Tariferhöhung mit der IG Metall. Seit Juni 2007 haben sie einen Haustarifvertrag, den sie »sehr ordentlich« finden.

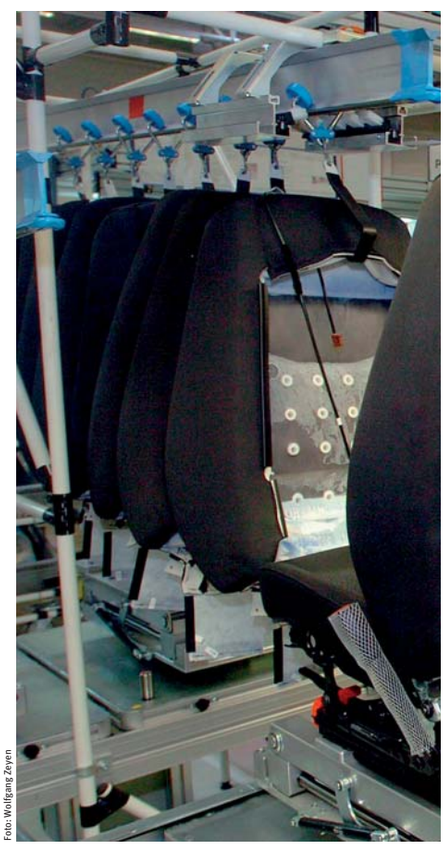


Foto: Wolfgang Zeyen

7_8_14_15_apm.qxp:14_15_Europa_Betriebsreport 20.06.2007 20:01 Uhr Seite 15

Haustarifvertrag für Faurecia Leipzig

Auf dem Weg zur Normalität

Eine Adresse sagt manchmal mehr als tausend Worte. Faurecia Leipzig zum Beispiel findet man in der BMW-Allee 1. Damit ist klar, wer der Abnehmer für die Autositze ist, die hier von rund 380 Männern und Frauen in zwei Schichten zusammengebaut werden. Also können die Menschen doch dankbar sein für sichere Arbeitsplätze? »Nicht wirklich«, sagt der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Mario Beier. Die Bedingungen eines Billig-Tarifvertrags der so genannten Christlichen Gewerkschaft, zu denen die Beschäftigten seit Eröffnung des Werks 2004 arbeiten mussten, sorgten für gewaltigen Frust. Gutes Geld für gute Arbeit – davon konnte bei Stundenlöhnen von 7,55 bis 8,53 Euro am Band für festangestellte Arbeiter und einem ziemlich willkürlichen System bei den Zuschlägen keine Rede sein.

Der recht unchristliche Tarif wurde nun durch einen Haustarifvertrag der IG Metall mit einer Lohnerhöhung von 2,5 Prozent abgelöst. Seit 1. Juni 2007 gibt es 4,1 Prozent mehr Geld, weitere 2,4 Prozent Plus werden es im kommenden Jahr sein. »Damit gilt für uns ab August 2008 der Ecklohn für Textil Ost, den wir noch nie hatten «, sagt Mario Beier stolz.

Der Polsterer aus der Nähe von Bad Dürrenberg hat sich im Unternehmen durchgebissen. Auf der Suche nach Arbeit landete er zunächst bei Faurecia in Holland, wo die Arbeitskräfte für das sächsische Werk herangebildet wurden. Zurück in Leipzig, bekam er statt der versprochenen Festanstellung einen Vertrag als Zeitarbeitnehmer. Und stellte prompt einen großen Unterschied fest: »In Holland hatte ich als Zeitarbeiter mehr Geld als hier. Die Kollegen dort verdienen fast genauso gut wie die Stammbelegschaft.«

Sein Thema sind Gerechtigkeit und Fairness, und die sah er am Leipziger Standort verletzt. Kein Wunder, dass Beier 2005 für den Betriebsrat der Firma kandidierte und seit 2006 als festes Mitglied im Betriebsrat ist. Er weiß von den Sorgen der Leute am Band, wo noch vor kurzer Zeit ein fest angestellter Vorarbeiter mit sechs bis sieben Zeitarbeitskräften ein Team bildete. Bis ins Betriebsratsbüro schafft es kaum jemand unter dem Druck der Arbeitstakte.

»Der neue Haustarif der IG Metall mit seinen Sicherheiten ist ein gutes Signal, aber er fiel uns nicht in den Schoß«, sagt Beier. »Ohne IG Metall hätten wir keine Chance gehabt, so weit zu kommen.« Um die IG Metall zu einer gewichtigen Kraft im Betrieb zu machen, wurde im Faurecia-Werk ein kleiner Berg versetzt: 2006 traten die Beschäftigten zu Dutzenden in die Gewerkschaft ein, erregten Aufsehen mit ihrer solidarischen Teilnahme am Warnstreik der BMW-Werker in der Tarifrunde. Erst dies brachte das bis dahin sture Management in Bewegung. Und so gab es schon 2006 eine Tariferhöhung.

Bei steigenden Anforderungen und Leistungen ein sicheres und höheres Tarifeinkommen zu haben, ist logisch und gut, findet Beier. Bodo Grzonka, Bezirkssekretär bei der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen, der die Tarifverhandlungen führte, meint: »Kluge Arbeitgeber wissen, welchen Wert ein solcher Friedensvertrag für den Betrieb hat, und wie stark verlässliche und gerechte Bezahlung die Beschäftigten motiviert.« Der wichtigste Absatz im neuen Tarifvertrag ist für beide der, in dem sich der Arbeitgeber verpflichtet, die Bedingungen der Zeitarbeitnehmer weiter zu verbessern – etwa durch Festeinstellung bei Faurecia oder indem ihre Löhne in ein vernünftiges Verhältnis zu den Festangestellten gebracht werden.

Die nach zwei Jahren sehr gut eingearbeiteten Arbeitnehmer müssen raus aus ihrem »Helfer-Status«, sagen Grzonka und Beier. Außerdem: Wenn schon Zeitarbeit nötig sei, sollte es bald branchengebundene Zuschläge dafür geben. Nachdem die Geschäftsführung sich nun auf einen guten Weg mit der IG Metall begeben hat, erscheint dies als realistisches Ziel. Denn: Viele Mitgliedsausweise der IG Metall bewirken auch mehr als tausend Worte. ◄

Marlis Dahne

Produktion von Autositzen bei Faurecia Leipzig: Die Hälfte der Beschäftigten im Werk hat Zeitverträge.

7_8_16_17_apm.qxp:16_17 20.06.2007 19:17 Uhr Seite 16

Politische Veränderungen in Europa

Überall Reformen

Die soziale Frage stellt sich für Gewerkschafter überall in Europa. Probleme wie prekäre Beschäftigung oder soziale Kürzungen kennen Franzosen genauso wie Deutsche und Briten.

Fotos: Andy Michaelis

Geographisch und wirtschaftlich ist Europa in den letzten Jahren gewachsen. Doch in sozialer Hinsicht hat die Entwicklung der Europäischen Union (EU) nicht Schritt gehalten. Unter dem Deckmantel der Globalisierung wurden in den letzten Jahren nicht selten Arbeitnehmerrechte und soziale Leistungen abgebaut. Dagegen setzen sich die europäischen Metallgewerkschaften zur Wehr.

Europa dürfe nicht nur am wirtschaftlichen Erfolg gemessen werden. Die EU müsse zu einer lebenswerten Region für alle Menschen werden, forderte der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) Anfang Juni auf seinem Kongress in Lissabon. Ziel der Gewerkschaften ist es, die Lebensbedingungen in Europa gemeinsam nach oben anzugleichen. Dazu braucht Europa aus Sicht des EMB menschenwürdige Arbeit, ausreichende Löhne, mehr Beteiligung von Arbeitnehmern und freien Zugang zur Bildung.

Über politische Veränderungen in Europa und die Rolle des EMB sprach **metall** mit den Delegierten Helmut Lense von der IG Metall, Patrick Correa von der französischen Gewerkschaft CFTC und Simon Dubbins von der britischen Gewerkschaft Unite, die Anfang Mai aus dem Zusammenschluss der beiden Gewerkschaften Amicus und T&GWU hervorging. ◄

Der EMB

- **Seit 1971 vertritt der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) die Interessen von 72 Metall-Gewerkschaften in 33 Ländern Europas mit über 6,5 Millionen Mitgliedern.**
- **Ziel des EMB ist es, Europas soziale Rolle zu stärken.**
- **Zu den Arbeitsbereichen gehören Industrie, Unternehmens- und Tarifpolitik sowie der Sozialdialog mit Arbeitgeber- und Industrieverbänden.**

metall: Frankreich hat Nicolas Sarkozy zum neuen Präsidenten gewählt, und in Großbritannien wird Finanzminister Gordon Brown Premierminister Tony Blair ablösen. Was erwartet ihr von diesen Wechseln?

Patrick Correa: Wir müssen zwar noch abwarten, was das Programm von Nicolas Sarkozy bringt. Aber wir fürchten, dass es weniger sozial und mehr liberal sein wird. Klar, es muss sich etwas ändern. Wir haben viele Probleme – die hohe Arbeitslosigkeit oder die Vielzahl unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Aber wir brauchen keine Reform um jeden Preis.

metall: Welche Reformen braucht ihr nicht?

Correa: Wir brauchen nicht mehr Flexibilität. Viele Menschen haben schon jetzt befristete Arbeitsverträge, schlecht bezahlte Jobs oder sind arbeitslos. Was die Menschen brauchen, ist wieder mehr Sicherheit.

Helmut Lense: Das kommt mir sehr bekannt vor. Sagt euch Hartz IV etwas? Das ist unsere Arbeitslosenunterstützung. Sie wurde vor ein paar Jahren auf ein recht niedriges Niveau abgesenkt. Zusammen mit dem zunehmenden Abbau von Arbeitsplätzen, besonders in Großbetrieben, entsteht da viel Unsicherheit. Hinzu kommt: Fast eine Million Menschen verdienen inzwischen so wenig, dass sie zusätzlich auf Hartz IV angewiesen sind. Und nun hat die Regierung das Rentenalter auf 67 Jahre angehoben. Dabei können viele Menschen noch nicht einmal bis zum heutigen Rentenalter von 65 arbeiten.

Correa: Sarkozy will das Rentenalter in einigen Bereichen ebenfalls anheben. Bei uns gehen die Menschen im Schnitt mit 60 Jahren in Rente. In manchen Berufen liegt die Grenze bei 55. Dort soll sie auf 60 angehoben werden. Das könnte für Einige schwierig werden.

Lense: Rente mit 60 – das wäre für uns ein gutes Programm.

metall: Was wird sich mit dem Wechsel von Blair zu Brown ändern?

Simon Dubbins: Brown wird auf jeden Fall an der Deregulierungspolitik festhalten. Da erwarte ich keine Veränderung. Er war schließlich zehn Jahre lang Finanzminister unter Tony Blair. Im Gegensatz zu Tony Blair ist Brown aber wesentlich weniger europafreundlich eingestellt.

Lense: Hältst du Browns Politik für noch weniger sozial als die von Blair?

Dubbins: Weniger sozial? Das Problem ist doch, dass die Politik von Tony Blair nicht sozial war. Selbst Chirac war sozialer. Ich meine, wir haben all diese Probleme schon seit vielen Jahren, seit unseren Erfahrungen mit der Thatcher-Regierung. Wir haben den flexibelsten Arbeitsmarkt und die längsten Arbeitszeiten in Europa. Die Blair-Regierung hat ein paar Dinge verbessert. Sie hat Geld ins Gesundheitssystem gesteckt, und es gab Verbesserungen für Familien mit geringem Einkommen. Auch die Arbeitslosigkeit war in den letzten Jahren sehr niedrig. Das lag jedoch vor allem am guten Wirtschaftswachstum. Die Regierung ist aber nie von der Politik der Deregulierung abgewichen.

metall: Auch Sarkozy will die Arbeitszeit verlängern. Welche Folgen hätte das eurer Ansicht nach?

7_8_16_17_apm.qxp:16_17 20.06.2007 19:18 Uhr Seite 17

Während des EMB-Kongress Anfang Juni in Lissabon lud metall drei Gewerkschafter aus drei europäischen Ländern zum Gespräch.

Helmut Lense
IG Metall,
Deutschland

Simon Dubbins
Unite,
Großbritannien

Patrick Correa
CFTC,
Frankreich

Correa: Er will sie nicht einfach verlängern. Die Leute sollen freiwillig länger arbeiten und dafür keine Steuern und Abgaben mehr auf Überstundenzuschläge zahlen. Das könnte für viele Menschen attraktiv sein, schließlich haben sie seit Jahren immer weniger Geld zur Verfügung. Aber wenn sie länger arbeiten, müssen keine neuen Leute eingestellt werden. Die Arbeitslosigkeit wird so jedenfalls nicht sinken.

Dubbins: Ich denke nicht, dass sich längere Arbeitszeiten in Frankreich bei uns auswirken. Der Druck auf den Arbeitsmarkt in Europa ging doch von uns aus. Bei uns gab es nie eine 35-Stunden-Woche. Ich denke aber, dass sich Europa insgesamt nach rechts bewegen wird.

Lense: Seit wir die 35-Stunden-Woche durchgesetzt haben, versuchen die Arbeitgeber das wieder zurückzudrehen. Damit müssen wir in Zukunft verstärkt rechnen. Insofern hätte eine solche Entwicklung in Frankreich schon negative Auswirkungen für uns.

metall: In Deutschland wird zurzeit über einen Mindestlohn gestritten. Konservative Politiker und Arbeitgeber warnen davor, er würde Arbeitsplätze zerstören. Welche Erfahrungen habt ihr mit dem Mindestlohn gemacht?

Dubbins: Aus dem gleichen Grund waren auch bei uns die Konservativen dagegen. Aber die Arbeitslosigkeit ist nicht gestiegen. Jetzt haben die Konservativen ihre Meinung geändert. Sie wollen den Mindestlohn inzwischen nicht mehr abschaffen.

Correa: Der Mindestlohn ist auf jeden Fall eine gute Sache. Er gibt den Menschen einen gewissen Schutz.

»Wir brauchen nicht mehr Flexibilität. Viele Menschen haben schon jetzt befristete Arbeitsverträge oder sind arbeitslos. Was die Menschen brauchen, ist wieder mehr Sicherheit.«

metall: Welche Rolle spielt für euch der EMB?

Lense: Die Zusammenarbeit in Europa ist für uns wichtig. Der EMB ist unsere gemeinsame Stimme gegenüber der europäischen Kommission.

Dubbins: Er spielt eine entscheidende Rolle, Angriffe abzuwehren, und er ist eine wichtige fortschrittliche Stimme für Arbeitnehmer in Europa. Aber ich denke, wir müssen noch weitergehen. Wir brauchen eine transnationale Gewerkschaft.

Correa: Ich finde das keine gute Idee. Es wird sehr schwer, so eine transnationale Gewerkschaft aufzubauen. Dafür sind die nationalen Interessen einfach zu stark. Wir müssen im EMB zusammenarbeiten und uns auf dieser Ebene erst einmal annähern.

Lense: Mit den europäischen Betriebsräten haben wir in einigen Unternehmen bereits Interessenvertretungen, die gemeinsam mit den Gewerkschaften über Grenzen hinweg zusammenarbeiten. Ich denke, dass es auf dieser Ebene zurzeit eher funktioniert.

Dubbins: Das eine schließt das andere doch nicht aus. Das Kapital arbeitet längst international, aber Arbeit ist noch immer national. Wir müssen eine Antwort darauf finden. Überall schließen sich Gewerkschaften zusammen, um stärker zu sein – bei euch in Deutschland oder wir jetzt bei Amicus und T&GWU. Warum nicht auch international?

Lense: Ja schon, aber wir sollten lieber auf der Unternehmensebene damit anfangen. Eine transnationale Gewerkschaft ist einfach zu weit weg von den Problemen. ◄

Das Gespräch führte Fabienne Melzer.

7_8_18_19_apm.qxp:18_19 20.06.2007 19:25 Uhr Seite 18

Foto: Fabrizio Bensch / reuters

Die neuen Parteivorsitzenden Lafontaine (links) und Bisky fordern das Parteiensystem heraus.

Parteien

Links tut sich was

Linkspartei.PDS und WASG haben am 16. Juni ihre Verschmelzung abgeschlossen. Unter dem Namen »Die Linke« soll sich die Partei dauerhaft in den Parlamenten etablieren. Was der Zusammenschluss bedeutet, beschreibt Parteienforscher Franz Walter.

Kurt Beck und seine Sozialdemokraten sollten sich die Welt nicht schön reden: Sie haben es links von der eigenen Partei fortan mit einem Konkurrenten zu tun, der aller Wahrscheinlichkeit nach so bald nicht verschwinden wird. Denn die Quellen, aus denen die Lafontaine-Linke schöpft, sprudeln reichlich. Vor allem hat sie den Rückenwind der Demografie, den – so paradox es auch klingen mag – Rückhalt der gesellschaftlichen Alterung. Und das ist neu.

Denn weit über 100 Jahre entsprang der Linkssozialismus den Frustrationen radikalisierter Jugendlicher und extremistischer junger Erwachsener. Aus der entwurzelten, politisch zuvor eher bindungslosen jungen Generation schöpften die Linksabspaltungen ihre aggressive Militanz und oft auch krausen Utopismus. Meist agierten die radikalisierten Jugendlichen als Vertreter geburtenstarker Jahrgänge, die um ihre Zukunft bangten.

Die Linkspartei des Jahres 2007 indes ist gänzlich anders. Auf ihren Parteiversammlungen dominieren eindeutig die über 45-Jährigen. Gerade dieser Mangel an Jugendfrische und Modernität hatte bei etlichen kommentierenden Journalisten eine Menge Spott und Häme hervorgerufen. Die Linkspartei galt infolgedessen, besonders im Westen, als Formation eines bärtigen Sozial- und Gewerkschaftsstaats. Und deshalb wurde einer Linkspartei von den im Grunde ja ebenfalls längst in die Jahre gekommenen Neuliberalen und Neusozialdemokraten der interpretierenden Zunft und politisch herrschenden Klasse wenig Zukunft eingeräumt.

> Die Zukunftschancen einer Linkspartei liegen gerade darin, dass sie eben nicht als Partei eines ungestümen jugendlichen Radikalismus agiert.

Doch ist das eine Perspektive, die für gestern und vorgestern wohl zutraf, aber nicht mehr für die nächsten 50 Jahre stimmen muss. Die Zukunftschancen einer Linkspartei liegen gerade darin, dass sie eben nicht als Partei eines ungestümen jugendlichen Radikalismus agiert. In früheren Jahrhunderten war Jugend ohne Zweifel Hefe und Herz der Gesellschaft, war Jugend die schon zahlenmäßig mehrheitlich treibende Kraft der sozialen Entwicklung. Doch leben wir in Deutschland, erstmals in der Geschichte, bekanntlich in einer massiv ergrauenden Gesellschaft. Die durch den Sozialstaat geprägten 1940er, 1950er und 1960er Geburtsjahrgänge werden in mittlerer Frist im Zentrum dieser ergrauenden Gesellschaft stehen. Die Zeiten einer gesellschaftlichen vorherrschenden jugendlichen politischen Kultur werden in den altindustriellen Ländern für ein halbes Jahrhundert vorbei sein. In einer ergrauenden Gesellschaft ist der politische Held nicht der ungestüme Neuerer, nicht der aufgewühlte Jüngling, der auf den Barrikaden tollkühn die Fahne schwenkt. In einer ergrauenden Gesellschaft wird sich das soziale und politische Ve-

7_8_18_19_apm.qxp:18_19 20.06.2007 19:25 Uhr Seite 19

Fotos: Fabrizio Bensch/ Reuters

Parteitag in Berlin: Die Führungsqualitäten von Gregor Gysi (rechts im Bild) und Oskar Lafontaine sind gefordert.

to gedämpft artikulieren: traditionalistischer, wahrender – ja: sozialkonservativer.

Dabei: Von der objektiven Konfliktstruktur der Gesellschaft dürfte das 21. Jahrhundert durchaus genügend Treibstoff für eine linke Partei solchen Zuschnitts in Deutschland bereithalten. Denn: Die Gesellschaft nach dem Industrialismus und der kollektiven Interessenorganisationen wird sehr viel weniger sozial austariert sein, dafür erheblich mehr Polarisierungen kennen. Seit einiger Zeit schon öffnet sich der Wohlstandsgraben zwischen den Klassen und Schichten. Die Gegensätze zwischen oben und unten, zwischen Netzwerkfähigen und Netzwerklosen, zwischen Menschen mit und ohne Bildungsausstattung haben erheblich zugenommen.

Vor allem sollte man nicht allzu optimistisch auf die ausgleichende Wirkungen des wirtschaftlichen Aufschwungs vertrauen. Es mag auch hier paradox klingen, aber ökonomisches Wachstum destabilisiert gesellschaftliche Ordnungs- und Machtstrukturen. Hohe Renditen, der Abbau von Arbeitslosigkeit wecken Ansprüche, heben das Selbstbewusstsein, schärfen den Trotz gegen fortbestehende Ungleichheit. Aufschwungszeit ist bekanntlich zumeist Mobilisierungszeit für gewerkschaftliche Aktionen. Auch jetzt ist eine wachsende Streikneigung erkennbar. Und bei diesen Aktionen werden Gewerkschafter eben auch mit Linksparteiaktivisten Arm in Arm dem Kapital entgegentreten.

Schon jetzt ist die Gysi-Lafontaine-Partei so in soziale Räume eingedrungen, die in früheren Jahrzehnten noch von den Sozialdemokraten besetzt waren. Die Linkspartei hat einen Teil der sozialstaatlichen Kompetenzzuschreibung gewonnen, die einst allein der SPD zufiel. Seit Jahren hat sich ein stiller Entkoppelungsprozess von sozialdemokratischen Partei- und gewerkschaftlichen Organisationskarrieren vollzogen. Noch unter Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt war nahezu jeder SPD-Bundestagsabgeordnete Gewerkschaftsmitglied. Heute ist der Anteil um 25 Prozentpunkte geschrumpft. Gewerkschaftsvorsitzende findet man erst gar nicht mehr in der Truppe Peter Strucks.

Und in diese Lücke versucht vor allem Oskar Lafontaine energisch und listig hineinzudringen. Es gibt gute Gründe, dessen kalte Provokationen schauderhaft zu finden. Gleichwohl: Er ist die zentrale Figur für den Stimmenzuwachs der Linken im Westen. Schließlich war er in den 1980er und 1990er Jahren der unbestrittenen Leitwolf der damals nach oben drängenden Nach-Brandt-Generation in der SPD. Stets war es Lafontaine – und niemals Schröder – der die jeweils neuen Themen witterte, der die Kampagnen initiierte (mitunter mit kaltem Blut auch gegen die Gewerkschaften), die griffigen Slogans dafür ausheckte, auch unzweifelhaft eine längerfristige Strategie besaß. Und mit diesen sozialdemokratischen Losungen jener Zeit lockt er heute die rundum verunsicherten Sozialdemokraten in der Fläche, streut unbarmherzig Salz in die Wunden des durch Hartz geschundenen Parteikörpers der SPD, wirbt listig um die Frustrierten der Truppe von Kurt Beck und Hubertus Heil.

Sollte die Linkspartei künftig in das Parlament eines westlichen Flächenlands einziehen, sollte eine Handvoll Dresslers tatsächlich den Wechsel wagen, dann hätte die SPD ein echtes Problem, die Linkspartei aber zusätzliche Gelegenheiten.

Doch Chancen bergen immer auch Tücken. Das gilt ebenfalls für die Linke. Sollte sie weiter wachsen, dann steigt unweigerlich auch die Zahl ihrer Parlamentarier, die »realpolitisch« von »Sachzwängen«, »Kompromissen«, »geringstem Übel« und dergleichen mehr reden werden – allein um in Kabinette ziehen zu können. Das aber wird dann die elementare Quelle des Aufstiegs, die Politik der oppositionellen Empörung, zum Versiegen bringen.

> Die Linkspartei hat einen Teil der sozialstaatlichen Kompetenzzuschreibung gewonnen, die einst allein der SPD zufiel.

Im übrigen: Günstige Verhältnisse übersetzen sich keineswegs automatisch in erfolgreiche Politik. Da sind Gregor Gysi und Oskar Lafontaine schon weiterhin in ihren Führungsqualitäten gefordert. Der politische Raum der Möglichkeiten wird natürlich auch durch die Strategie der jeweiligen Rivalen geöffnet oder begrenzt. Ob die Volksparteien sich künftig von den Opfern und Gefährdeten der Modernisierung noch weiter entkoppeln, muss nicht zwangsläufig gegeben sein. Sollten sie es tun, dann allerdings wird die Linkspartei in der Tat eine stabile Größe im politischen System Deutschlands bilden und bleiben.

Besinnen sich Christ- und Sozialdemokraten hingegen stärker auf ihre eigenen sozialstaatlichen Prägungen und berücksichtigen sie die Sicherheitsbedürfnisse großer Teile auch ihrer Wählerschaft, dann wäre der Linkspartei allerdings der warme Humus leicht errungener Erfolge brüsk entzogen. ◄

Zum Autor

Foto: PR

Franz Walter (51) ist Professor für Parteienforschung in Göttingen. Walter schreibt unter anderen auch für »Spiegel« und »Zeit«.

7_8_20_21_apm.qxp:7_8_20_21_Report 20.06.2007 19:33 Uhr Seite 20

Foto: Emanuel Bloedt / eb:STOCK

Nach der Talsohle der vergangenen Jahre hat jetzt der Aufschwung das Kfz-Gewerbe erreicht. Vor allem im Service wird gutes Geld verdient. Doch die Arbeitgeber wollen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchsetzen oder verabschieden sich gleich ganz aus der Tarifbindung.

»Die Leute sind elektrisiert«

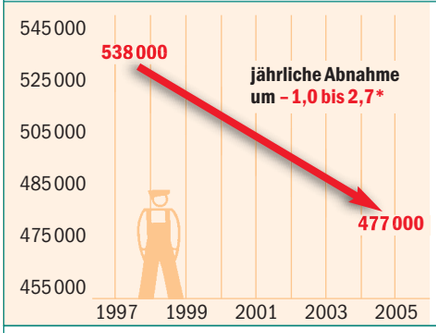
In Ostdeutschland gelten für die Beschäftigten im Kfz-Handwerk bereits keine Flächentarifverträge mehr. Die Kfz-Arbeitgeber wollen sich nun auch im Westen aus der Tarifverantwortung verabschieden. Die Beschäftigten der Branche haben dieses Vorhaben bisher erfolgreich durchkreuzt. Ob es weiterhin möglich sein wird, den Flächentarif zu halten, hängt auch von der Geschlossenheit der Belegschaften ab.

Den Zeiten, als im Autohaus Babelsberg in Potsdam noch der Tarifvertrag gegolten hat, trauert Mathias Hinze oft nach. »Die Konditionen sind heute viel schlechter, vor allem für die Leute, die neu eingestellt werden«, sagt der Betriebsratsvorsitzende des Autohauses, das 2004 aus der Kfz-Innung ausgetreten war. Seitdem haben die Mitarbeiter schlechtere Karten.

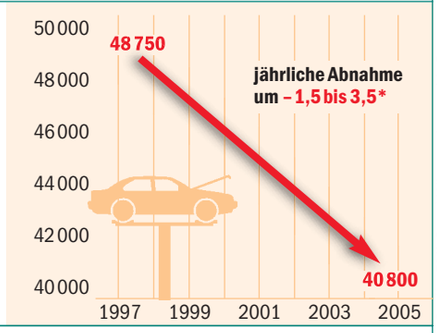
Der Urlaubsanspruch wurde von 30 auf 28 Tage im Jahr gekürzt, neu eingestellte Mitarbeiter erhalten statt zwölf nur noch rund zehn Euro in der Stunde. Ab Juli werden die Beschäftigten 40 Stunden pro Woche arbeiten müssen. »Und obendrein sind wir von den Tariferhöhungen in der Branche künftig abgekoppelt. Die muss unser Chef ja nicht mehr zahlen, weil der Betrieb nicht mehr tarifgebunden ist. Das summiert sich über die Jahre«, sagt Hinze.

Von anderen tariflosen Kfz-Betrieben in der Region weiß er, dass den Mitarbeitern noch mehr Zugeständnisse abgepresst werden. »Wo es keinen Betriebsrat und keine organisierten Mitglieder gibt, kann der Chef machen, was er will, zum Beispiel den Urlaubsanspruch auf das gesetzliche Minimum von 24 Tagen im Jahr runterschrauben.« Seit 2005 existieren in Ostdeutschland keine Flächentarifverträge mehr. Die Landesverbände des Kfz-Handwerks, die vorher Verhandlungspartner der IG Metall waren, stehen dafür

Beschäftigte im KFZ-Gewerbe



Betriebe im KFZ-Gewerbe



* in Prozent

Quelle: ZDK, Stand März 2006

Die Beschäftigten des Kfz-Handwerks haben viel Federn lassen müssen. Über 60 000 Arbeitsplätze sind in den vergangenen zehn Jahren weggefallen, 8000 Betriebe machten dicht oder wurden von großen Ketten geschluckt.

7_8_20_21_apm.qxp:7_8_20_21_Report 20.06.2007 19:33 Uhr Seite 21

nicht mehr zur Verfügung. Statt dessen haben sich so genannte Tarifgemeinschaften gebildet, denen die Unternehmen auf freiwilliger Basis beitreten konnten. Viele haben das nicht getan und sich gleich ganz aus dem Flächentarif verabschiedet.

Immer mehr Beschäftigte haben auf diese Weise ihre tarifvertraglichen Rechte verloren. Solche Verhältnisse schweben den Arbeitgebern auch in Westdeutschland vor. Die Arbeitgeber wollen systematisch Verschlechterungen für alle Beschäftigten durchsetzen, sprich: für gute Arbeit weniger zahlen. Eine Abwärtsspirale setzt sich in Gang. Den Beschäftigten der Branche drohen drastische Einkommensverluste und schlechtere Arbeitsbedingungen.

Skandalöse Verweigerungshaltung

Verbandsfunktionäre des Zentralverbands des Deutschen Kraftfahrzeughandwerks (ZDK) trommeln allerorten für einen Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag, wie er im Westen in Niedersachsen mit Ausnahme von Osnabrück und Hannover bereits vollzogen ist. Sie wollen keine Tarifverträge mehr mit der IG Metall abschließen. Diese Weigerungshaltung der Arbeitgeber findet Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, skandalös. »Die Branche hat die Talsohle der vergangenen Jahre auch dank flexibler Tarifabschlüsse überstanden, die der schwierigen Situation in der Branche angemessen waren. Jetzt, wo der Aufschwung da ist, sollen die Beschäftigten in die Röhre gucken.«

ZDK-Präsident Robert Rademacher begründet die Verantwortungslosigkeit lapidar: »Wir müssen als Unternehmer flexibel reagieren können.« Doch die Beschäftigten haben in der Vergangenheit schon genug Federn lassen müssen. Ein tief greifender Strukturwandel hat in zehn Jahren über 60 000 Arbeitsplätze gekostet. 8000 Betriebe mussten aufgeben oder wurden von größeren Ketten geschluckt.

Doch auch nach dem Konzentrationsprozess der Vergangenheit ist das Kfz-Gewerbe eine stolze Branche mit selbstbewussten, gut ausgebildeten Mitarbeitern. »Die Beschäftigten leisten gute Arbeit und sehen überhaupt nicht ein, dass sie jetzt völlig unter Wert bezahlt werden«, sagt Huber. Deshalb war die Gegenwehr der Belegschaften gegen die Taktik der Arbeitgeber viel größer als sie vermutet hatten.

Als erster Baustein im Westen in dem Dominospiel des ZDK sollte Nordrhein-Westfalen gekippt werden. 10 000 Beschäftigte gingen am 27. März in Warnstreiks. Die entschlossene Gegenwehr zwang die Arbeitgeber, zurück an den Verhandlungstisch zu kehren. Als nächstes sollte Schleswig-Holstein geschleift werden. Auch dort hielt die Phalanx dank der Demonstration von 1000 Beschäftigten. In Baden-Württemberg und Bayern stellen sich die Beschäftigten jetzt auf harte Auseinandersetzungen ein. »Wir konzipieren eine Kampagne, die bis ins nächste Jahr reicht«, sagt Jürgen Ergenzinger von der IG Metall Baden-Württemberg. »Unsere Devise lautet: Informieren, sensibilisieren und Mitglieder werben. Wo die Beschäftigten angesprochen werden, sind sie zu Recht wie elektrisiert.« Jedes IG Metall-Mitglied kann die Kfz-Kollegen in ihrem Kampf unterstützen, indem es nur zu solchen Werkstätten geht, die nach Tarif bezahlen. Als Orientierung hilft, wenn der Betrieb den Tarif-Tüv der IG Metall erfolgreich bestanden hat. Mehr Infos zum Tarif-Tüv haben die Verwaltungsstellen. ◄

Martina Helmerich

Angriff abgewehrt

»Lasst uns in der Fläche bleiben«

metall sprach mit Jutta Blankau, IG Metall-Bezirksleiterin Küste, darüber, welche Bedeutung der Erhalt des Flächentarifvertrags für die Beschäftigten hat.

metall: In Schleswig-Holstein und NRW ist es gelungen, den Angriff auf den Flächentarifvertrag im Kfz-Handwerk abzuwehren. Ist damit die Gefahr vorbei?
Jutta Blankau: Nein. Gerade haben wir die Kündigung des Manteltarifvertrags auf den Tisch bekommen. Die Arbeitgeber werden versuchen, ihn zu ihren Gunsten zu verändern. Durch unsere Aktionen ist es aber gelungen, die Arbeitgeber von ihrem ursprünglichen Plan abzubringen, die Innungen zu sprengen. Die Solidarität, etwa aus NRW, hat uns sehr geholfen.

metall: Warum sind so genannte Tarifgemeinschaften als Verhandlungspartner ungeeignet?
Blankau: Die Erfahrung aus den neuen Bundesländern und in Niedersachsen zeigt, dass dort viel weniger Unternehmen Mitglied geworden sind. Die Abschlüsse dort weichen deutlich vom Flächentarifvertrag ab. Wir haben den Betrieben klipp und klar gesagt, dass wir keine Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft führen werden. Das und die Aktionen der Kolleginnen und Kollegen brachte die Arbeitgeber zu der Einsicht: Lasst uns in der Fläche bleiben.

metall: In Bayern und Baden-Württemberg ist aber nun genau das passiert, dass die Landesinnungen ihre Tarifpartnerschaft gekündigt haben. Ist der Flächentarifvertrag unter diesen Bedingungen im Westen noch zu halten?
Blankau: Natürlich wird das nicht einfach werden. Wir haben jedoch Signale aus NRW, Hamburg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, dass die Innungen dort weiterhin ihre Tarifverantwortung als Landesinnungen wahrnehmen wollen. Das sollte man nutzen, um auf die Arbeitgeber in Bayern und Baden-Württemberg Druck zu machen.

metall: Warum ist der Erhalt des Flächentarifvertrags im Kfz-Handwerk so wichtig für die gesamte IG Metall? Und was kann das einzelne Mitglied tun, um sich solidarisch zu verhalten?
Blankau: Wenn der Flächentarifvertrag in kleineren Branchen wie dem Kfz-Handwerk ausfranst, erreicht er irgendwann den Kern, die Industrie. Das gilt es zu verhindern. Jeder Metaller und jede Metallerin kann etwas tun, indem er oder sie als Kunde etwa die großen Auto-Handelsketten meidet, die Lohndumping betreiben und für die Tariflohn ein Fremdwort ist.

Foto: FM

Jutta Blankau, IG Metall-Bezirksleiterin Küste: »Der Konflikt im Kfz-Handwerk geht die ganze IG Metall an«.

7_8_22_23.qxp:22_23_Leserbriefe_Porträt 20.06.2007 19:41 Uhr Seite 22

Sieben Jahre Zeit gehabt für einen Mindestlohn

Foto: www.BilderBox.com

Die Mindestlohndebatte wird seit Jahren geführt.

metall 6/2007:
Mindestlohn

▶Sieben Jahre führte sich ein Medienkanzler, angetreten gegen die »soziale Kälte« der Union, auf wie Dieter Bohlen. Sieben Jahre Sozialabbau in nie dagewesenen Maßen. Federführung: der Kanzlerkumpel Peter Hartz. Sieben Jahre Zeit also für einen Mindestlohn. Wer also glaubt noch Müntefering oder Beck? Ich, von Wolfgang Clement zum Parasiten erklärt, glaube ihnen kein Wort.

Burkhard Schulze-Vogelheim, Bochum

▶Mit äußerstem Befremden nehme ich zur Kenntnis, dass Müntefering als »Bremser« beim Mindestlohn bezeichnet wird. Dies ist ein Stück Infamie, denn er hat das Thema auf die politische Tagesordnung gebracht. Die Bremser sind in der CDU. Ansonsten gäbe es längst eine Regelung. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier das Feld der Linkspartei bestellt werden soll.

Manfred Meiler, München

Freude über mehr Geld

metall 6/2007:
Hurra, mehr Geld

▶Ich arbeite in einem mittelständischen Betrieb in Sachsen-Anhalt. Über den Tarifabschluss bin ich auch sehr froh, und ich freue mich, dieses Geld erhalten und unterm Strich mehr in der Lohntüte zu haben. Ich vermisse allerdings einen Artikel darüber, was mit den anderen Arbeitnehmern passiert, deren Arbeitgeber nicht im Arbeitgeberverband ist und sich nicht an die Tarife hält. Ich würde es sehr begrüßen, wenn auch darüber geschrieben wird. Denn mit meinen 6,92 Euro brutto die Stunde habe ich zwar immer noch mehr als die Kollegen im Friseurhandwerk, aber auch ich würde mich über mehr Geld im Geldbeutel freuen.

Jürgen John, Kleinpaschleben

▶Mit Bitterkeit habe ich gelesen, wie sich die 4,1 Prozent auf die Lohntüte auswirken. Die Realität sieht leider bei Heidelddruck in Wiesloch ganz anders aus. Kaum war der neue Tarifvertrag ausgehandelt, drohte das Management erneut mit Auslagerung und Entlassungen. Mit Erfolg. So arbeitet die Belegschaft künftig 37,5 Stunden die Woche ohne Lohnausgleich. Und das bei vollen Büchern und schwarzen Zahlen.

Klaus Marczewki, Sinsheim

Traurige Wahrheit

metall 6/2007: Allein unter Männern

▶Der Artikel gibt wohl eine traurige Wahrheit wieder. Ich bin Ingenieurin und zwar gern. Ich kann jeder jungen Frau nur raten, das zu lernen, wofür ihr Herz schlägt.

Sina Kutschera, Greifswald

E-Mail:
metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.
Leserbriefe können nur bei Angabe der Adresse veröffentlicht werden.
Die vollständige **metall**-Ausgabe steht auch im Internet.

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 0 69–66 93-24 45,
Fax 0 69–66 93-80-20 00
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann (verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Redaktion: Fritz Arndt, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan, Gabriele Prein

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat: Birgit Büchner

Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Patricia Schledz
Telefon 061 51–81 27-0,
Fax 0 61 51–89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069–66 93-22 24,
Fax 0 69–66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: apm AG, Darmstadt.

Für Sehbehinderte

Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

Foto: transit-berlin

An die 100 junge Metallerinnen und Metaller nahmen an den Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm teil. Eine Woche lang lebten sie im Camp Reddelich nahe dem Gipfelort unter spartanischen Umständen, und demonstrierten ihren Widerstand gegen die Globalisierungsstrategie der großen Industriestaaten.

7_8_22_23.qxp:22_23_Leserbriefe_Porträt 20.06.2007 19:41 Uhr Seite 15

Eine Woche lebte Patrick Stein im Camp Reddelich an der Ostsee mit 5000 weiteren G8-Gipfelgegnern.

Zu Besuch bei

Patrick Stein

Den Vormittag des 5. Juni wird Patrick Stein so schnell nicht vergessen. Um halb elf näherte sich ein Tornado der Bundeswehr im Tiefflug dem Camp nahe Heiligendamm, wo sich gerade die letzten Spätaufsteher aus den Schlafsäcken schälten. Der Lärm war ohrenbetäubend. Für lähmende Minuten erstarb das Leben im Camp. Wie Patrick Stein schauten alle wie erstarrt in den Himmel und beobachteten, wie das Ungetüm bedrohlich näher kam, einen breiten Bogen über den Köpfen der G8-Gipfelgegner flog und dann Richtung Heiligendamm verschwand.

»Die haben Bilder von uns gemacht, um zu wissen, wie viele Leute an der Blockade teilnehmen«, sagt Stein. Schon an den Tagen zuvor hatten Hubschrauber häufiger über dem Camp gekreist, um friedliche Gegner des Gipfels auszuspionieren. »Das mit dem Tornado war voll daneben«, findet Stein.

Was Stein und etwa 100 Mitglieder der IG Metall-Jugend an der Ostsee erlebt haben, war Politikunterricht pur. Stein wurde nicht nur Augenzeuge des fragwürdigen Tornadoeinsatzes, der noch ein politisches Nachspiel haben wird. Denn laut Grundgesetz darf die Bundeswehr nicht zu Zwecken der inneren Sicherheit gegen friedliche Demonstranten eingesetzt werden.

Stein musste auch mit ansehen, wie zwei IG Metaller bei einer Demonstration in Rostock verhaftet wurden, obwohl sie sich völlig friedlich verhalten hatten. »Die wurden festgenommen wegen des Verdachts auf Vermummung. Dabei hatten die nur ein Halstuch im Rucksack, die wollten sich nicht damit vermummen.«

Eine Woche hatte Stein am Camp in Reddelich nahe Heiligendamm teilgenommen – fünf Kilometer vom Zaun um den Tagungsort entfernt. Globalisierungskritiker gegen den G8-Gipfel der großen westlichen Industriestaaten hatten das Camp organisiert. 5000 Menschen waren nach Reddelich gekommen, darunter die jungen Metallerinnen und Metaller – wie Patrick Stein.

Zu Hause in seinem Betrieb, dem ASA-Autohaus in Halle, wussten die wenigsten davon, was er vorhatte. Stein absolviert dort sein erstes Ausbildungsjahr als Kfz-Mechatroniker und ist Jugend- und Auszubildendenvertreter. Patricks Eltern waren wenig begeistert von seiner Reise an die Ostsee. Sein Vater befürchtete, dass es zu Ausssschreitungen kommen würde. Doch Patrick schreckte nichts, auch nicht die Aussicht auf karge vegane Kost und eiskalte Duschen.

Einsatz im Hintergrund

»Als wir am 2. Juni in Rostock demonstriert haben, hab ich Tränengas abgekriegt«, erzählt Stein. Bei den Sitzblockaden wenige Tage später, mit denen die Zufahrtsstraßen zum Gipfelort Heiligendamm abgeriegelt wurden, leistete er Hilfe in der Unterstützergruppe der IG Metall. Er versorgte die Leute während der Sitzblockaden mit Essen, Getränken und Medikamenten. Er half, Verletzte ins Camp zu transportieren und kümmerte sich um den Nachschub.

Zupacken, organisieren, machen – das ist es, was ihm liegt. In seiner Freizeit engagiert sich der 20-Jährige im Ortsjugendausschuss der IG Metall in Halle. Außerdem ist er mit mit viel Leidenschaft in der Freiwilligen Feuerwehr seines Wohnorts aktiv.

Durch die IG Metall kam Stein dazu, sich politisch zu engagieren. Bei der Herbstakademie der IG Metall-Jugend wurde ihm die Problematik des G8-Gipfeltreffens zum ersten Mal richtig bewusst. »Das ist ein elitärer Kreis, der Beschlüsse für die ganze Welt fällt, ohne eine demokratische Legitimation dafür zu haben. Ich glaube, vielen ist das Fragwürdige an diesem Ritual jetzt richtig bewusst geworden.«

Das Engagement gegen den Gipfel war richtig und ein Erfolg der globalisierungskritischen Öffentlichkeit, findet Stein. »Von uns ging keine Eskalation aus.« Die IG Metall-Jugend habe in Heiligendamm gezeigt, dass sie sich zu Recht als politische Jugendorganisation versteht. In zwei Jahren, wenn der G8-Gipfel wieder in Europa stattfindet, will Patrick Stein wieder dabei sein. ◄

Martina Helmerich

7_8_24_25_apm.qxp:7_8_24_25_Ratgeber 20.06.2007 19:43 Uhr Seite 24

Altersvorsorge

Die kluge Frau sorgt selber vor

Wer sich nur auf seine gesetzliche Rente im Alter verlässt, ist schlecht beraten. Gerade für Frauen fällt die meist sehr mager aus. Ohne zusätzliche private Vorsorge geht es nicht, wenn man sich gegen Altersarmut schützen will. Es gibt zahlreiche Fördermöglichkeiten des Staates schon für kleine Einkommen. Zu spät ist es dafür eigentlich nie.

Illustration: Image Zoo

Rente ist für viele Frauen ein Thema, das sie gerne verdrängen. Viele glauben, dass sie finanziell schon irgendwie durchkommen und dass es sich nicht lohnt, Geld für die Zukunft zurückzulegen. Hausfrauen und Frauen im Erziehungsurlaub verlassen sich bei der Alterssicherung häufig auf ihren Partner.

Doch die nackten Zahlen sind alarmierend: Eine Renterin in Westdeutschland muss mit durchschnittlich 396 Euro im Monat auskommen. Männer dagegen bekommen im Schnitt über das Doppelte. In Ostdeutschland klafft die Schere nicht ganz so weit auseinander. Dort konnten Frauen in der Regel mehr Berufsjahre sammeln. Sie kommen auf rund 662 Euro im Monat, während Männer 906 Euro Rente erhalten.

Gerade bei Frauen besteht in der Altersvorsorge demnach erheblicher Handlungsbedarf. Nach einschlägigen Vorhersagen werden die Rentenansprüche von Frauen weiter sinken, weil sie ab Jahrgang 1964 künftig erst mit 67 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen können. Ab 2009 werden die Schul- und Hochschulzeiten nicht mehr angerechnet.

Frauen haben oft durch lange Babypausen und vor allem durch Arbeitslosigkeit Lücken im Berufsleben und damit in der Rentenbeitragszahlung. Lediglich Kindererziehungszeiten oder Phasen der Angehörigenpflege wer-

Vorteile von Unisex-Tarifen

Beim Abschluss von Versicherungsverträgen sollte man auf Unisex-Tarife achten. Dabei gelten Einheitstarife für Männer und Frauen. Seit Januar 2006 sind etwa bei der staatlich geförderten Riester-Rente Unisex-Tarife vorgeschrieben. Bei privaten Lebensversicherungen wird dagegen immer noch nach Geschlecht unterschieden. Wegen der höheren Lebenserwartung erhalten Frauen hier geringere Leistungen für gleiche Beiträge.

7_8_24_25_apm.qxp:7_8_24_25_Ratgeber 20.06.2007 19:43 Uhr Seite 25

Wer was machen kann, um die Rente aufzubessern

▸ Niedriglöhnerin
Sollte über die vermögenswirksamen Leistungen oder AVWL vorsorgen und die Beiträge in die betriebliche Altersvorsorge einfließen lassen.

▸ Zeitarbeitnehmerin
Sollte ihren Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen geltend machen. Empfehlenswert ist zudem die Riester-Rente, die ab einem Mindestbeitrag von fünf Euro im Monat möglich ist.

▸ Teilzeitbeschäftigte mit einem oder mehr Kindern
Empfehlenswert sind Riester-Rente wegen der Kinderzulage und betriebliche Altersvorsorge.

▸ Minijobberin
Hat die Möglichkeit, durch die Zahlung relativ niedriger eigener Beiträge vollwertige Pflichtbeitragszeiten in der Rentenversicherung zu erwerben. Hierfür muss die Arbeitnehmerin gegenüber ihrem Arbeitgeber erklären, dass sie auf die Versicherungsfreiheit in der Rentenversicherung verzichtet und den Pauschalbeitrag des Arbeitgebers von 15 Prozent auf den vollen Rentenversicherungsbeitrag von derzeit 19,9 Prozent aus eigener Tasche aufstockt.

den auch bei fehlendem Einkommen als Beitragszeit mit angerechnet. Darum dürfen sie sich bei ihrer Altersvorsorge weder auf den Partner noch auf den Staat verlassen. Sie sollten ihre finanzielle Absicherung in die eigenen Hände nehmen.

Zunächst sollte jede Frau so realitätsnah wie möglich versuchen zu ermitteln, mit welchen Einnahmen sie im Alter – ohne zusätzliche Vorsorge – rechnen kann. Wie soll der Lebensstandard im Alter aussehen und welche monatlichen Ausgaben sind zu erwarten? Als Orientierung gilt das letzte Nettogehalt. Frauen sollten nicht nur auf ein Pferd setzen und staatliche Förderung für private Vorsorge miteinbeziehen. Sie sollten sich auf folgende Möglichkeiten einer zusätzlichen privaten Vorsorge konzentrieren:

- Vermögenswirksame Leistungen
- Riester-Rente
- Rürup(Basis)-Rente
- Betriebliche Altersversorgung
- Private Rentenversicherung

Wenn Frau sich für ihre individuelle Lösung entschieden hat, ist es wichtig, die Versorgung regelmäßig zu überprüfen.

Vermögenswirksame Leistungen

Für Mitglieder der IG Metall, deren Betrieb im Arbeitgeberverband der Metallindustrie ist, gilt seit Oktober 2006 der Tarifvertrag über altersvorsorgewirksame Leistungen (AVWL). Sie bekommen ab dem siebten Beschäftigungsmonat vom Arbeitgeber 319 Euro im Jahr. Das Geld kann auf drei verschiedene Arten genutzt werden: die private Riester-Rente, die Entgeltumwandlung oder die arbeitgeberfinanzierte Altersvorsorge.

Riester-Rente

Bei der betrieblichen wie bei der privaten Altersversorgung mit Entgeltumwandlung gibt es die so genannte staatliche Riesterförderung. Voraussetzung: Der Sparbetrag erfolgt aus dem Nettoentgelt. Weil Frauen häufig Klein- oder Durchschnittsverdienerinnen sind, rechnet sich meist die Nettoentgeltumwandlung mit Riesterförderung.

Gleiches gilt für Arbeitnehmerinnen mit Kindern. Je nach Familienstand und Anzahl der Kinder, für die Kindergeld gezahlt wird, fallen die staatlichen Zulagen unterschiedlich hoch aus: 2007 liegt die maximale jährliche Zulage bei 114 Euro, ab 2008 bei 154 Euro pro Jahr. Zusätzlich gibt es pro Kind eine Zulage vom Staat von 138 Euro im Jahr, ab 2008 steigt sie auf 185 Euro. Das bekommen nur diejenigen, die Kindergeld erhalten. Zulageberechtigt ist der Elternteil, dem das Kindergeld zufließt.

Bei gemeinsam lebenden Ehepaaren bekommt üblicherweise die Mutter die Zulage. Väter erhalten die Zulage nur dann, wenn beide Elternteile das gemeinsam beantragen. Interessant ist die Riester-Rente auch für solche Berufstätige, die in der Erwerbsphase einen hohen Steuersatz haben und bei denen in der Rentenphase ein niedrigerer Steuersatz zu erwarten ist. Dadurch ergibt sich ein Steuervorteil.

Die Riester-Rente kann vererbt werden. Aber nur das angesparte Kapital, die staatlichen Zulagen müssen zurückgezahlt werden. Sie hat den Vorteil, dass sie bei der Berechnung von Arbeitslosengeld II außen vor bleibt, weil Versicherte nicht vor dem 60. Lebensjahr an das eingezahlte Geld herankommen. Nachteil ist, dass die Riester-Rente seit 2005 im Alter voll versteuert wird, wenn das Einkommen über den Freibeträgen liegt.

Rürup-Rente oder Basis-Rente

Nicht nur Selbstständige, sondern auch Angestellte können mit der Rürup-Rente zusätzliches Vermögen für ihren Ruhestand ansparen und die steuerliche Förderung nutzen. Diese Anlageform ist nur an Hinterbliebene vererbbar und Hartz IV-geschützt.

Betriebliche Altersvorsorge

Die betriebliche Altersvorsorge kann in Form einer Pensionskasse oder Direktversicherung abgeschlossen werden. Sie ist insolvenzgeschützt. Auch als Hartz IV-Empfänger muss man sie nicht auflösen. Nachteil: Sie ist nicht frei vererbbar. Auch in Elternzeit kann man in die Betriebsrente einzahlen. Der Mindestbeitrag pro Jahr liegt bei 178 Euro.

Private Rentenversicherung

Eine ungeförderte private Zusatzrente ist im Alter steuerlich wenig belastet. Sie lohnt sich aber nur für diejenigen Frauen, die im Alter mit einem hohen Steuersatz zu rechnen haben. ◂

Martina Helmerich, Antonela Pelivan

Infos und Adressen, die weiterhelfen

▸ Deutsche Rentenversicherung
Dort können aktuelle Renteninformationen angefordert werden. Das bundesweite (kostenlose) Service-Telefon ist montags bis donnerstags von 7.30 bis 19.30 Uhr, freitags bis 15.30 Uhr unter der Nummer 0800 – 10 00 48 00 erreichbar. Nützliche Broschüren rund um die Themen Rente und Vorsorge gibt es im Internet unter: www.deutsche-rentenversicherung.de ▸Rente

▸ Tarifvertrag über altersvorsorgewirksame Leistungen (AVWL)
Die IG Metall-Broschüre »Navigator durch die Tarifrente: Mit der IG Metall was für die Rente tun« gibt es als Download unter: www.igmetall.de ▸Tarife ▸Material/Bestellungen ▸Bücher und Broschüren

▸ Metall-Rente – Das gemeinsame Versorgungswerk von Gesamtmetall und IG Metall
Unter www.metallrente.de gibt es Infos zur Metall-Rente mit Riesterförderung.

7_8_26_27_apm.qxp:7_8_26_27_Ratgeber 20.06.2007 19:46 Uhr Seite 26

Recht so

metall: Was viele nicht wissen: Auch wenn man noch nicht arbeitslos ist, sondern »nur« von Arbeitslosigkeit bedroht ist, kann man staatliche Leistungen in Anspruch nehmen. Welche sind das? Und was sollte man bedenken, wenn Arbeitslosigkeit droht?

Foto: Heike Rost

Jurist Carsten Schuld vom DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Fragen.

Carsten Schuld: Wenn Arbeitslosigkeit droht, sollte man sich zeitnah mit der Bundesagentur für Arbeit in Verbindung setzen. So vermeidet man, mögliche Meldefristen zu versäumen, eröffnet sich aber gleichzeitig die Chance, schon vor Eintritt der Arbeitslosigkeit Leistungen von der Arbeitsagentur zu beziehen.

Wie die aussehen, hängt vom Einzelfall ab. Die Palette umfasst Beratungen, Hilfe beim Erstellen von Bewerbungsunterlagen, die (anteilige) Übernahme von Bewerbungs- und Reisekosten, möglicherweise auch Trainingsmaßnahmen. So kann man unter Umständen nach dem Ende eines Arbeitsverhältnisses nahtlos in eine Weiterbildungsmaßnahme wechseln, um seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Die Arbeitsagentur kann die Kosten übernehmen, wenn ein Anspruch auf Arbeitslosengeld bei Eintritt in die Arbeitslosigkeit bestünde.

In Zeiten leerer Kassen wird man um manche dieser Leistungen ringen müssen, sollte sich davon aber nicht abschrecken lassen, sondern dennoch versuchen, jede Hilfe zu nutzen, die man bekommen kann. Die Agentur für Arbeit erkennt in verschiedenen Fällen an, dass Arbeitslosigkeit droht. Dazu gehören eine ausgesprochene Kündigung, ein auslaufendes befristetes Arbeitsverhältnis, die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens und die Anzeige des Arbeitgebers über Massenentlassungen. Wenn allerdings der Arbeitnehmer selbst kündigt oder einen Aufhebungsvertrag schließt, nimmt die Bundesagentur an, er habe seine Arbeitslosigkeit selbst verschuldet. Er verwirkt damit Ansprüche. Deshalb und wegen möglicher Sperrzeit ist es wichtig, sich rechtliche Beratung zu holen, bevor man von sich aus das Arbeitsverhältnis beendet.

► **»Merkblatt 3 – Vermittlungsdienste und Leistungen«** im Internet unter:
www.arbeitsagentur.de
► Bürgerinnen & Bürger
► Arbeitslosigkeit
► Beratung und Vermittlung

+++ Thriller +++ Romane +++ Sachbuch +++ F

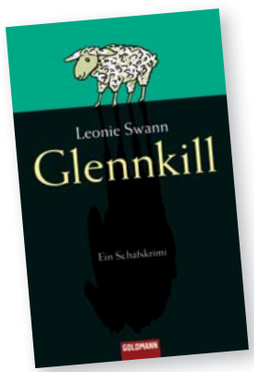
Zum Lesen, Lachen u

Für Kinder

Nanu, der kleine Marienkäfer, macht einen Ausflug in den Garten und trifft dabei auf viele unbekannte Geschöpfe. Wie den Igel, der dem kleinen Käfer erklärt, warum er so viele Stacheln auf dem Rücken trägt. Oder ein rundes Haus, das sich zudem auch noch bewegt. Was könnte sich dahinter wohl verbergen? Auf seiner Entdeckungsreise erfährt Nanu noch vieles mehr über die Tiere, die in seinem Umfeld leben. Eine liebevolle Geschichte mit zwölf farbenfrohen Bildern – zum Vor- und Selberlesen. Ab zwei bis acht Jahre.
Bettina Wagner:
»Der kleine Marienkäfer. Nanu's erster Ausflug«.
Medu-Verlag, 2006.
9,80 Euro. ◄

Spannung

Eines Morgens liegt der Schäfer George Glenn leblos im Gras. Ein Spaten ragt aus seiner Brust. Die Schafe von George sind entsetzt: Wer kann den alten Schäfer umgebracht haben? Und warum? Miss Maple, das klügste Schaf der Herde, beginnt sich für den Fall zu interessieren. Unerbittlich folgen sie der Spur des Täters und kommen den Geheimnissen der Menschenwelt dabei nach und nach auf die Schliche – bis es ihnen schließlich gelingt, Licht ins Dunkel zu bringen und den rätselhaften Tod ihres Schäfers aufzuklären.
Leonie Swann:
»Glennkill –Ein Schafskrimi«.
Goldmann Verlag, 2006.
8,95 Euro. ◄



Meldungen

Arbeitsagentur

Service-Rufnummer für Arbeitnehmer

Die Bundesagentur für Arbeit hat für Arbeitnehmer und Arbeit Suchende eine bundesweite Service-Rufnummer eingerichtet. Anrufer können dort Termine absprechen und allgemeinen Auskünften rund um die Themen Jobvermittlung und Arbeitslosengeld I erhalten. Auch die Arbeitsuchend-Meldung kann telefonisch erfolgen. Arbeit Suchende erhalten einen Termin beim Arbeitsvermittler. Mit dem Gespräch wird die persönliche Meldung nachgeholt und der Weg in die Agentur entfällt. Die Rufnummer gilt nur für Personen, die sich Arbeit Suchend melden oder Arbeitslosengeld I beziehen.

Das Service-Center ist von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr unter der Nummer 01801–55 51 11 erreichbar. ◄

7_8_26_27_apm.qxp:7_8_26_27_Ratgeber 20.06.2007 19:46 Uhr Seite 27

n und Lernen

Für Eltern und Kinder

Der »Vampirus reclamis«, der gemeine Geldsauger, ernährt sich nicht von Blut, sondern von dem Geld, das er Kindern und Eltern aus der Tasche zieht. Egal, ob im Supermarkt, im Fernsehen, am Kiosk oder sogar in der Schule – Werbung treibende Unternehmen arbeiten stets mit den gleichen Tricks, mit deren Hilfe Kinder zu Konsumenten erzogen werden. Der Autor, selbst Vater zweier Kinder, wirft einen Blick hinter die Kulissen der Werbewirtschaft und beschreibt anhand vieler Beispiele, wie Werbung Kinder beeinflussen will.
Frank Koschembar:
»Der Vampir-Effekt. Wie Kinderwerbung wirkt«.
Westend Verlag, 2006.
14,90 Euro.

Spiel und Spaß

Was braucht man, wenn man eine Insel besiedeln will? Auf Catan zunächst Straßen, dann Siedlungen. Und das geht nicht ohne Rohstoffe: Lehm und Holz, Erz und Wolle. Getreide braucht man zum Essen – und wer viel Glück hat, findet Gold. Bei diesem Spiel wird die Insel Catan Wurf um Wurf besiedelt. Für jede Straße, für jedes Gebäude gibt es Punkte. Ein friedliches Besiedlungsspiel ohne Heer und Waffen. Hier entscheiden ein glückliches Händchen und taktisches Geschick, wer der beste Siedler ist. Ein Reisespiel für zwei bis sechs Spieler. Ab sieben Jahre.
Klaus Teuber:
»Die Siedler von Catan – Das Würfelspiel«.
Kosmos Verlag, 2007.
5,99 Euro

Politik

»Die Würde des Menschen ist unantastbar.« – Mit diesem großen Satz beginnt das Grundgesetz. Aber die Menschenwürde wird immer wieder angetastet, genauso wie etwa das Post- und Fernmeldegeheimnis. Gesetzestexte sind abstrakt und schwer zu lesen, auch die, die sich mit unseren grundlegenden Menschen- und Bürgerrechten befassen. Damit das Recht mit Leben erfüllt wird, werden in »GG 19« die Grundrechtsartikel mit 19 Geschichten aus der modernen Lebenswirklichkeit konfrontiert. Durch die kundigen Kommentare von Uwe Wesel, dem wohl bekanntesten Grundgesetzkenner, wird das Buch zu einem Grundkurs im Bürgerrecht.
Harald Siebler und Uwe Wesel:
»GG 19 – Wie steht es um unsere Grundrechte?«.
Gerstenberg Verlag, 2007.
14,90 Euro.

Roman

Wer hat ihn nicht – den Traum von einem glücklicheren Leben, weitab von Handygeklingel, Hektik und Verkehr? Fünf Städter suchen ein Haus auf dem Land und das einfache Leben in der Natur. In den Wäldern Umbriens finden sie es – und es ist ein Albtraum: Die Freunde verirren sich, das Handy hat keinen Empfang und zu allem Unglück gibt auch noch der Wagen seinen Geist auf. Die Situation spitzt sich zu. Durch den erzwungenen Kontakt geraten alte Gewissheiten ins Wanken, verkrustete Muster werden aufgebrochen, die Beziehungen untereinander verschieben sich. Und keiner der Beteiligten geht aus der Erfahrung unverändert hervor. Danach ist nichts wie zuvor zwischen ihnen.
Andrea De Carlo:
»Wenn der Wind dreht«.
Diogenes Verlag, 2007.
22,90 Euro.

Betriebsrenten

Vorsorge darf kein Verlustgeschäft sein

Wer Geld in die betriebliche Altersvorsorge steckt, darf in den ersten Jahren kein Verlustgeschäft machen, entschied das Landesarbeitsgericht München. Geklagt hatte eine Arbeitnehmerin. Nachdem sie aus ihrem Betrieb ausgeschieden war, wies ihr Betriebsrentenkonto ein Guthaben von gerade einmal 600 Euro auf, obwohl sie bereits mehr als 6000 Euro eingezahlt hatte. Der Grund: Ihre Lebensversicherung hatte die Kosten für die gesamte Laufzeit bereits von den ersten Beiträgen abgezogen. Das sei nicht im Sinne des Gesetzgebers, entschied das Gericht. Denn bei der Entgeltumwandlung müsse der Arbeitgeber für eine »wertgleiche Anwartschaft« sorgen.
▶ LAG München, 15. März 2007, Aktenzeichen 4 Sa1152/06

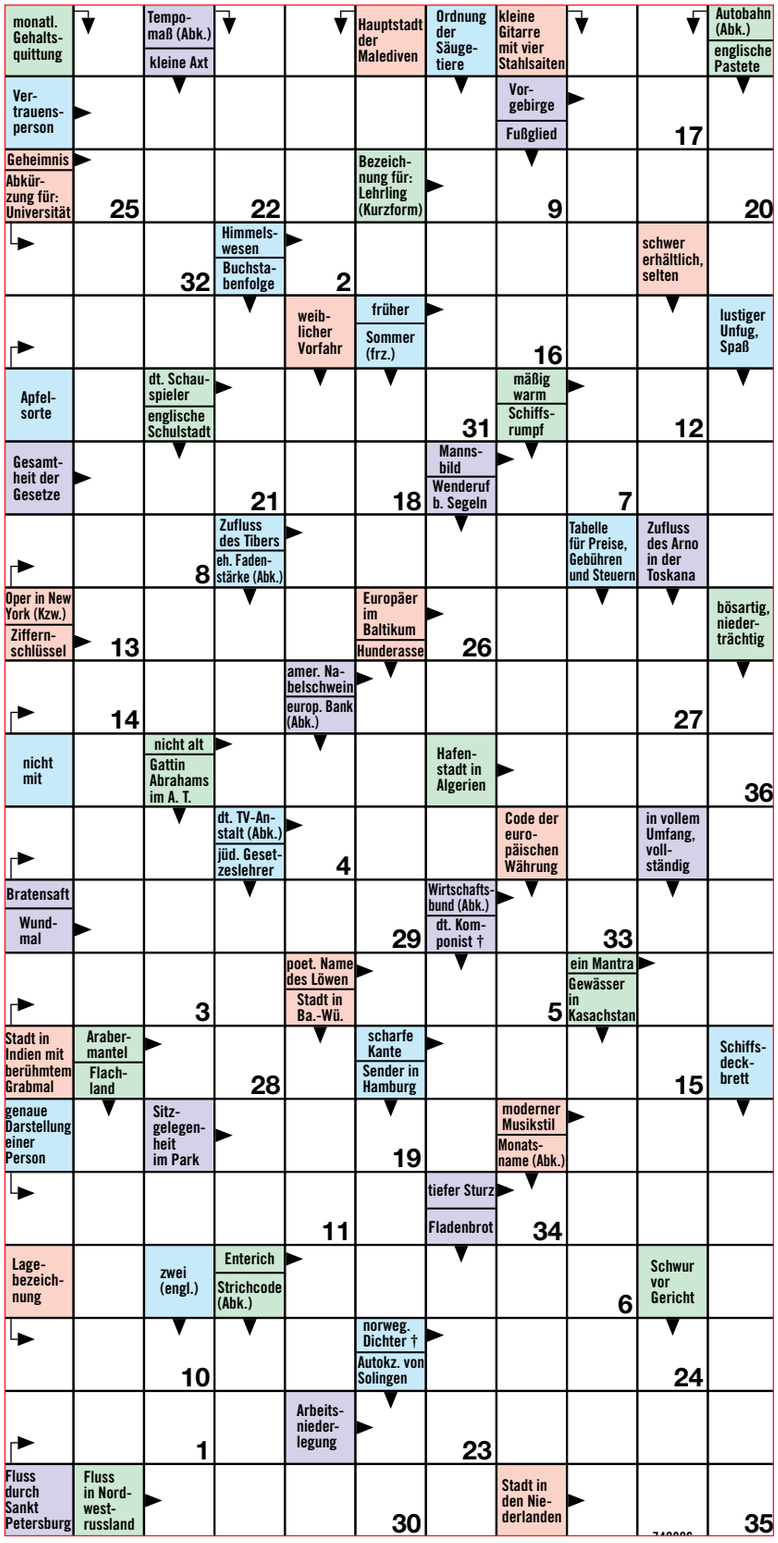
Entgeltumwandlung

Gegen Insolvenzgefahr absichern

Wer Entgelt für eine Lebensversicherung umwandelt, sollte beim Vertragsabschluss darauf achten, dass er bei einer Firmenpleite seine Ansprüche behält. Ein Arbeitnehmer hatte in eine Direkt(lebens)versicherung eingezahlt. Als die Firma nach fünf Jahren pleite ging, kam es zum Streit, ob der Rückkaufswert – 5 500 Euro – dem Beschäftigten zusteht oder zur Insolvenzmasse gehört. Denn das »unwiderrufliche Bezugsrecht« war eingeschränkt: Der Mann sollte erst nach zehn Jahren Betriebszugehörigkeit Anspruch haben.

Die Richter der obersten Gerichte sind sich noch nicht einig, ob eine solche Einschränkung auch bei Pleiten gilt. Darum nur Verträge unterschreiben, bei denen das unwiderrufliche Bezugsrecht nicht eingeschränkt ist.

7_8_28_Raetsel.qxp:11_28_Raetsel 20.06.2007 19:51 Uhr Seite 28



Lösungsspruch Kreuzworträtsel:

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und bis 31. August 2007 senden an:
Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus Mai: Tarifbewegung

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder
- einen **IFA-Gutschein** im Wert von 50 Euro, anzurechnen bei Buchung eines IFA-Aufenthalts (keine Barauszahlung)
- eine **IG Metall-Sicherheitsweste** als Extrapreis. Zusätzlich verlosen wir
- zwei **IG Metall-Fußbälle**

Der Zusatzgewinn im Mai: Je ein IG Metall-Fußball geht an: Sebastian Grund, Bremen; Heinz Blechmann, Salzdetfurth

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

Hauptpreise:

1. Preis: Drei Tage für zwei Personen im Doppelzimmer/HP IFA am Ferien-Centrum Südstrand * / Burg auf Fehmarn**

2. Preis:
Ein original Steiff-Teddy »Petsy«

3. Preis:
Ein IG Metall-Verbandkasten

7_8_28_Raetsel.qxp:11_28_Raetsel 20.06.2007 19:51 Uhr Seite 29

Neuer Fotowettbewerb

Foto: Walter Ziech

Ein Foto aus dem letzten Wettbewerb, gemacht von IG Metall-Mitglied Walter Ziech.

Redaktions-Adresse für die neuen Fotos:

fotowettbewerb@igmetall.de

Die Digitalfotos sollen eine maximale Dateigröße von 500 Kilobytes haben.
Bitte die Originaldatei sichern.
Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall.

Digital-Fotowettbewerb für Mitglieder der IG Metall

Zum zweiten Mal schreibt **metall** einen Fotowettbewerb aus zum Thema: »Mein Foto aus der Arbeitswelt«. Gefragt sind Digitalfotos (Farbe oder schwarz-weiß) von Menschen, Arbeitsplätzen, Maschinen oder Materialien.

Einsendeschluss: 10. November

Teilnahmebedingungen: Jedes Mitglied kann uns ein Digitalfoto von je maximaler Dateigröße von 500 KB zumailen (Originalbilddatei sichern). Bitte jedes Foto einzeln in einer E-Mail mit Bild- und Absender-Informationen zumailen.
Wichtig: In der Betreffzeile den Namen der beigefügten Bilddatei angeben, um eine einwandfreie Zuordnung der Bilder zu ermöglichen. Die Arbeiten werden auf eigenes Risiko eingesandt (keine Haftung). Die Einsender sichern zu, dass ihre Bilder nicht mit Rechten Dritter belastet und abgebildete Personen mit der Veröffentlichung einverstanden sind. Ansprüche Dritter werden vom Einsender erfüllt. Die Teilnehmer erklären sich mit der Teilnahme am Wettbewerb damit einverstanden, dass die Fotos im Zusammenhang mit dem Wettbewerb von der IG Metall mit Copyright-Vermerk veröffentlicht werden dürfen und auch im Rahmen einer Ausstellung gezeigt werden können. Geeignete Fotos stellen wir auch in einer Internet-Galerie mit Copyright-Vermerk aus. Die Gewinner werden von einer Fach-Jury der IG Metall ausgewählt und prämiert.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

7_8_30_31_apm.qxp:30_Monatsoekonom_31_Die_gute_Idee 20.06.2007 19:53 Uhr Seite 30

Mehr Profit und mehr Defizit

Lorenz Jarass über die Reform der Unternehmens-steuern

Foto: Marcus Kaufhold/ westpool.net

Deutschland – ein Sanierungsfall? Sanierungsbedürftig sind jedenfalls die Kassen der öffentlichen Hand und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dazu ein paar Zahlen: Das Volkseinkommen ist zwischen 2001 und 2005 real um 81 Milliarden Euro gestiegen. Das ist ein Plus von fünf Prozent. Die insgesamt darauf gezahlten Steuern und Sozialabgaben hingegen sind um 46 Milliarden Euro gesunken (minus neun Prozent). Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen um 106 Milliarden Euro (plus 25 Prozent), während die darauf tatsächlich gezahlten Steuern um 16 Milliarden Euro schrumpften (minus 13 Prozent). Im gleichen Zeitraum schwoll die gesamte staatliche Verschuldung um 280 Milliarden Euro an. Parallel dazu stieg das private Geldvermögen um 525 Milliarden Euro. Nicht »die Bevölkerung« verarmt, sondern der Staat.

Schreckt Deutschland Investoren ab, weil es ein Hochsteuerland für Unternehmens- und Vermögenseinkommen ist, wie vielfach behauptet wird? Richtig ist: Die nominalen Steuersätze für Kapitalgesellschaften sind im europäischen Vergleich hoch. Sie liegen zwischen 32 und 40 Prozent, je nach örtlichem Hebesatz der Gewerbesteuer. Doch die tatsächlich bezahlte Ertragssteuerbelastung (ohne Grundsteuer) betrug 2000 im Schnitt rund 24 Prozent. 2001 sank sie durch die Unternehmenssteuerreform drastisch auf zehn Prozent und stieg bis 2005 wieder auf 16 Prozent. Damit liegt sie weit unter dem durchschnittlichen Niveau der EU-Länder.

1980 lag die Steuerlast der Unternehmen in Deutschland noch bei rund 33 Prozent – und war damit damals genau so hoch wie die Steuern und Abgaben, die ein durchschnittlicher Arbeitnehmer zahlen musste. Dessen Belastung hat sich inzwischen auf 36 Prozent erhöht, ist also weit mehr als doppelt so hoch wie die der Kapitalgesellschaften.

Die Unternehmensteuerreform 2008, die der Bundestag am 24. Mai beschlossen hat, wird zu weiteren massiven Steuerausfällen führen. Es wurde der gleiche Fehler gemacht wie 1999: Die Geschenke wurden vor dem Weihnachtssingen verteilt. Die Bundesregierung hat den niedrigeren Steuersatz festgeklopft. Aber die Maßnahmen, mit denen sie die Ausfälle ausgleichen wollte, blieben ein Wunschkatalog. Die Reform führt deshalb nicht zum angestrebten und behaupteten Steuerverlust von fünf Milliarden Euro jährlich, sondern jedes Jahr zu mehr als zehn Milliarden Euro dauerhaftem Steuerausfall. Das verschlingt die Hälfte des Mehrertrags der Mehrwertsteuererhöhung ab 2007, die bekanntlich vor allem Arbeitnehmer, Rentner und kleine Gewerbetreibende, wie Handwerker und Gastwirte, belastet.

Die vorgesehene Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen ist die widersinnigste Form der Gegenfinanzierung: Sie führt nur zu einem Vorziehen von Steuereinnahmen und belastet ausschließlich diejenigen, die in Deutschland real investieren und Arbeitsplätze schaffen, indem sie zum Beispiel Hallen bauen und Maschinen installie-

Zur Person

Lebenslauf

Lorenz Jarass, Jahrgang 1951, ist seit 1986 Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Fachhochschule Wiesbaden. Der Energie- und Steuerexperte war Mitglied der Kommission zur Reform der Unternehmensbesteuerung 1999 bis 2001 und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen 2002 bis 2003.

Sein Buch

»Unternehmenssteuerreform 2008«

In dem Buch untersuchen Lorenz Jarass und Gustav Obermair (emeritierter Professor der Universität Regensburg) »Kosten und Nutzen der Reformvorschläge«. Sie kommen zu dem Schluss, dass die Unternehmensbesteuerung in Deutschland nicht investitionsfreundlich ist und Arbeitsplätze zerstört.

Das Buch, im Verlag MV Wissenschaft erschienen, ist über www.mv-buchhandel.de versandkostenfrei zu beziehen, Preis: 11,50 Euro.

7_8_30_31_apm.qxp:30_Monatsoekonom_31_Die_gute_Idee 20.06.2007 19:54 Uhr Seite 31

ren. Übrigens: Die Wirtschaft stimmte den Abschreibungsverschlechterungen zu, weil sie erwartet, dass beim nächsten Abschwung die alten Abschreibungserleichterungen wieder eingeführt werden.

Das ohnehin schon extrem komplizierte deutsche Unternehmenssteuerrecht wird noch komplizierter. Die vielen neuen Wahlmöglichkeiten ermöglichen ganz neue Steuervermeidungen und sind zusammen mit den vielen neuen Einzelfallregelungen ein Beschäftigungsprogramm für Steuerberater.

Vor der letzten Bundestagswahl im Herbst 2005 schlug der Finanzrechtler Paul Kirchhof, den die CDU nach siegreicher Wahl zum Bundesfinanzminister machen wollte, ein neues Steuermodell vor. Es sah einen einheitlichen Höchststeuersatz von 25 Prozent für alle Einkommensgruppen vor. Bei den Wählern kam dieses Steuermodell schlecht an, weil sie es als zutiefst unsozial empfanden, so dass Kanzlerkandidatin Angela Merkel schnell klarstellte, dass es »nicht Grundlage ihrer Arbeit« würde. Das ist Vergangenheit. Jetzt wird das 25-Prozent-Modell doch umgesetzt, aber nur für Unternehmer, Freiberufler und Sparer: Einbehaltene Unternehmensgewinne, auch von Freiberuflern und Landwirten, werden künftig mit gut 25 Prozent besteuert, private Kapitalerträge mit maximal 25 Prozent. Die höhere Mehrwertsteuer finanziert die massiven Steuerausfälle, die damit verbunden sind.

Nur noch Löhne und Gehälter werden dann mit bis zu 45 Prozent Steuer und zusätzlichen Sozialversicherungsbeiträgen belastet. Von 100 Euro Lohnerhöhung bleiben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nur 40 Euro netto übrig. Von 100 Euro Gewinnerhöhung bleiben den Unternehmen hingegen zukünftig 70 Euro netto.

Aber warum sollten Investitionen in Deutschland nach der Reform wesentlich zunehmen, wenn das hiesige Steuersystem weiter Investitionen im Ausland subventioniert? Warum sollte ein Unternehmen, das derzeit ganz legal Gewinne zum Beispiel in Irland mit 12,5 Prozent versteuert, bei einem gesenkten nominalen Steuersatz in Deutschland auf unter 30 Prozent diese Gewinne plötzlich hier versteuern?

Auch für die gut verdienenden Arbeitnehmer werden im nächsten Schritt die Spitzensteuersätze gesenkt. Sie werden sich darüber freuen. Aber die Kehrseite ist: Die neuen Steuerausfälle werden wieder durch Erhöhung der indirekten Steuern gegenfinanziert werden – und durch massive Kürzungen bei Arbeitslosen und Rentnern. ◀

Foto: Christoph Geedan/ laif

Die rechte Szene wächst. Die Organisation Viak betreibt Aufklärung

Verein für internationale Arbeits- und Kulturbeziehungen

Mit Tantiemen Gutes tun

Liegt die Idee nicht auf der Hand? Hauptamtliche einer IG Metall-Verwaltungsstelle werfen die Beträge aus ihren Aufsichtsratsmandaten, die über die abzuführende Hans-Böckler-Pauschale hinausgehen, in einen Topf und tun Gutes damit. In Waiblingen verfährt man so – seit 1994.

Der damals gegründete Verein mit dem sperrigen Namen Viak (Verein für Internationale Arbeits- und Kulturbeziehungen) hat sich in erster Linie vorgenommen, die »internationale Gesinnung« zu fördern. Was ein wenig nach Sonntagsrede klingt, aber in der Praxis sehr handfest ist.

Das erste Projekt etwa waren Kontakte von Bosch-Arbeitnehmern mit ihren Kollegen in Aranjuez in Spanien. Später kamen Besuche im tschechischen Budweis dazu – die Bindungen halten immer noch – , die Teilnahme an einer Brasilien-Brigade und eine Bildungsfahrt nach Griechenland. Immer wurde die Regel des Viak eingehalten, Projekte nicht voll zu finanzieren, sondern zu unterstützen. Das kann mit kleinen Beträgen geschehen oder auch mit größeren – wenn viel in der Kasse ist. Deren Lage richtet sich nach der Zahl der Aufsichtsratsmandate.

Rasch erweiterte sich der Kreis der Aufgaben. Gemeinsam mit der Volkshochschule wurde kürzlich eine Seminarreihe »Deutsch für Ausländer« entwickelt. Sie ist ganz auf die Bedürfnisse der Beschäftigten und ihrer Tätigkeit im Betrieb ausgerichtet und findet viel Interesse.

Besonders froh ist Dieter Knauß, Erster Bevollmächtigter in Waiblingen und Initiator von Viak, über das jüngste Projekt, das deutlich macht, wie sich der Horizont des Vereins erweitert hat.

»Rechtsradikalismus im Rems-Murr-Kreis« heißt die Studie, die Josef Held von der Universität Tübingen im Auftrag des Viak erstellt hat. Der Anlass war eher Besorgnis erregend: Zehn Prozent der in Baden-Württemberg bekannten Skinheads stammen aus der wohlhabenden, ländlichen Gegend um Stuttgart. Warum? Was macht junge Menschen in vergleichsweise guter sozialer Lage zu Rechtsextremisten? Held und seine Mitarbeiter fanden in langen Interviews heraus, das nicht das dörfliche Leben diese Prägung begünstigt, sondern das engere Umfeld.

Wenn in der Familie und im Verein, etwa in der Feuerwehr, die Meinung vorherrscht, es sei nicht so schlimm, wenn die jungen Leute rechte Ansichten haben, fühlen sie sich bestärkt und trauen sich, an die Öffentlichkeit zu gehen.

Für Dieter Knauß ist klar, was zu tun ist: »Wir müssen eine positive Kultur der Bürger dagegen setzen und dürfen nicht zulassen, dass rechtsextreme Sprüche salonfähig werden.« Mehr Menschen für das Thema sensibilisieren, sich für das Verbot der NPD engagieren – für Viak noch jede Menge Aufgaben. Auch wenn sie weit über den ursprünglichen Zweck hinausreichen. ◀

Gabriele Prein

7_8_35.qxp:10_35_Karikatur 20.06.2007 17:54 Uhr Seite 35

Zeichnung: Burkhard Fritsche

7_8_36_apm.qxp:_01_Titel 20.06.2007 17:55 Uhr Seite 36

Einen schönen Urlaub

wünscht Ihre IG Metall